ISSN 1022 – 2448

Genossenschaft Zeit-Fragen
Redaktion und Verlag
Postfach 247, CH-9602 Bazenheid
Telefon: +41 44 350 65 50
Telefax: +41 44 350 65 51
redaktion@zeit-fragen.ch;
abo@zeit-fragen.ch; www.zeit-fragen.ch

ZKZ 59600 PVSt Deutsche Post

Zeit-Fragen

25. November 2025
33. Jahrgang
Nr. 25

AZA
9602 Bazenheid
POST CH AG

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung
Für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

USA – «Schluss mit Regime change und ‹nation building›»

*von Helmut Scheben**

Helmut Scheben (Bild zvg)

Die Direktorin der Nationalen Nachrichtendienste Tulsi Gabbard verkündet eine radikale Kursänderung in der Aussenpolitik. Viele schöne, aber leider leere Worte …

Am 31. Oktober erklärte *Tulsi Gabbard*, Direktorin der Nationalen Nachrichtendienste der USA, es sei nun Schluss mit einer Aussenpolitik, die Jahrzehnte lang darin bestanden habe, «Regime zu stürzen, anderen unser Regierungssystem aufzuzwingen und in Konflikten zu intervenieren, die wir kaum verstandenz und die uns am Ende mehr Feinde als Verbündete einbrachten».[1] Das Ergebnis, so Gabbard, sei nichts anderes als «Billionen-Ausgaben, der Verlust unzähliger Menschenleben und in vielen Fällen die Entstehung grösserer Sicherheitsbedrohungen, zum Beispiel der Aufstieg islamistischer Terror-Organisationen wie der *Islamische Staat*».

Das ist eine Betrachtung der US-Politik, wie sie selbst von Gabbards Chef im Weissen Haus in dieser schonungslosen Formulierung bisher nicht zu hören war. Viele Historikerinnen und Historiker weltweit würden Gabbards Formulierung vorbehaltlos unterschreiben. Laut offiziellen Daten des «Congressional Research Service»[2] (vergleichbar dem *Wissenschaftlichen Dienst* des Deutschen Bundestages) haben die USA allein in den Jahren zwischen 1991 und 2022 mindestens 251 militärische Interventionen durchgeführt. Das entspricht durchschnittlich acht Militärinterventionen pro Jahr. Bei diesen Zahlen sind CIA-Operationen und Putschversuche nicht erfasst. Als Begründung hiess es meist, die USA müssten den Terrorismus bekämpfen oder einem unterdrückten Volk zu Hilfe eilen, um Freiheit und Demokratie zu bringen.

Gabbard sagte, *Donald Trump* sei vom amerikanischen Volk gewählt worden, um all dem ein Ende zu setzen. Die erstaunliche Aussage kommt zu dem Zeitpunkt, da Präsident Trump Nigeria mit Krieg droht und Flugzeugträger und weitere Kriegsschiffe vor die Küste von Venezuela schickt. Er lässt Woche für Woche Boote in der Karibik versenken, die laut offiziellen Angaben Drogen transportieren. Was die getöteten Besatzungen dieser Schiffe angeht, so sprechen Juristen von «aussergerichtlichen Hinrichtungen». Die aussenpolitische Praxis[3], Verdächtige umzubringen statt sie gefangenzunehmen und vor Gericht zu stellen, ist nach 9/11 in Washington Staatsdoktrin geworden. Allein schon der Friedensnobelpreisträger *Barack Obama* hat einige tausend «präventive Tötungen» durch Drohnen genehmigt, bei der ungezählte Zivilpersonen als «Kollateralschäden» ums Leben kamen.

Regime change ist angesagt: diesmal in Venezuela

Es gibt wohl keine kompetente politische Beobachterin, keinen Diplomaten weltweit, denen nicht klar ist, dass es Präsident Trump nicht um Drogenhandel geht, sondern darum, einen Regierungswechsel zu bewirken[4], der Venezuela für die US-Energie-Konzerne wieder zu der Tankstelle machen würde, die das Land früher einmal war. Die Nachfrage nach-

US-Militäreinsätze seit dem Ende des Kalten Krieges Anfang 1991

Jahr	Krieg
1991	2. Golfkrieg gegen den Irak
1992	Flugverbotszone im Irak
1992-1994	Militäreinsatz in Somalia
1993	US-Kriegsschiffe beschiessen Bagdad
1994	Militäreinsatz in Haiti
1994-1995	Bombardierung Bosnien-Herzegowinas
1998	Luftangriff auf eine angebliche Giftgasfabrik im Sudan
1999	Nato-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien
2001-2021	Nato-Krieg gegen Afghanistan
2003	3. Golfkrieg gegen den Irak
2011	Nato-Krieg gegen Libyen
seit 2014	Krieg gegen den Islamischen Staat IS
seit 2015	Militäreinsätze gegen den Jemen
seit 2017	direkte Kriegsbeteiligung in Syrien
2020	gezielte Tötung des iranischen Generals Qassem Soleimani
2024	Raketenangriffe auf Huthi-Gebiete im Jemen
2024	Angriffe auf iranische Revolutionsgarden im Irak
2025	Angriffe auf iranische Atomanlagen

Neben diesen offenen Militäreinsätzen gab es zahlreiche verdeckte Operationen der US-Geheimdienste und anderer US-amerikanischer Einrichtungen, oftmals mit dem Ziel des Regime change. (Unvollständige Zusammenstellung und Tabelle km.)

Gas und Öl wird in den kommenden Jahrzehnten weltweit steigen. Schon in Trumps erster Amtszeit wurde in Washington behauptet, der venezolanische Präsident *Nicolás Maduro* stünde mit Drogenhändlern vom «Cártel de los Soles» in Verbindung. Eine «Hollywood-Fiktion» nannte dies *Pino Arlacchi*[5], der ehemalige Exekutivdirektor des *Uno-Programms zur Bekämpfung von Drogenmissbrauch und Kriminalität* (UNODC). Dieses ominöse Kartell sei «ein ebenso legendäres Gebilde wie das Ungeheuer von Loch Ness. Es dient dazu, Sanktionen, Embargos und die Androhung militärischer Interventionen gegen ein Land zu rechtfertigen, das zufällig auf einem der grössten Ölvorkommen der Welt sitzt.»

Die USA bekämpfen in Lateinamerika den Drogenhandel seit mehr als vierzig Jahren ohne den geringsten Erfolg. Anfang der neunziger Jahre habe ich die *Drug Enforcement Agency* (DEA) und die famosen *Green Berets* begleitet, als sie Journalisten zu ihren Show-Einsätzen in den Coca-Anbaugebieten in Peru einluden. Ich bin zu der Einsicht gelangt, dass die zahlreichen militärischen Stützpunkte der USA in den Andenländern nur vorgeblich dem Kampf gegen Drogen gelten. In Wirklichkeit sind sie nichts anderes als ein Counterinsurgency-Programm, also die geostrategische Kontrolle des «Hinterhofs» Lateinamerika. Die CIA selbst wurde im übrigen in den achtziger Jahren von US-Staatsanwälten als «grösster Drogendealer der USA» bezeichnet.[6] Schon in Vietnam hatte der US-Geheimdienst gelernt, wie Opiumhandel helfen kann, einen Krieg zu finanzieren.[7]

Trump liess schon in seiner ersten Amtszeit die Kriegsmarine vor der Küste Venezuelas auffahren. Er verschärfte die Sanktionen, mit denen die USA zwei Jahrzehnte vorher begonnen hatten, als der ehemalige venezolanische Armee-Offizier *Hugo Chávez* zum Präsidenten gewählt wurde. Chávez wurde mit seinem «Sozialismus des 21. Jahrhunderts», seiner Verstaatlichung des Erdöls und anderer Schlüsselindustrien, seinem Schulterschluss mit Kuba, Russland, China und allen linken Bewegungen auf dem Kontinent zum Erzfeind der USA. Sein Nachfolger Maduro wird in Washington als kommunistischer Diktator in dem gleichen Polit-Katalog geführt wie *Kim Jong-un* in Nordkorea.

Tulsi Gabbard hat Recht, wenn sie sagt, viele Amerikanerinnen und Amerikaner hätten Donald Trump gewählt, weil er versprach, der Politik der weltweiten militärischen Interventionen ein Ende zu setzen. Man kann nicht ausschliessen, dass Trump ernsthaft diese Absicht hatte. Wie man auch nicht ausschliessen kann, dass einige seiner Berater Bücher gelesen haben wie «Der Westen im Niedergang»[8] des französischen Anthropologen und Historikers *Emmanuel Todd*. Todd kommt wie viele andere Sachverständige zu dem Schluss, dass der Nato-Westen aus Angst um seinen hegemonialen Machtverlust lieber auf Zerstörungsgewalt setzt und ein nukleares Endspiel riskiert, als durch Diplomatie und wirtschaftliche Vereinbarungen einen Interessenausgleich mit Russland und China zu suchen.

Der lange Arm des militärisch-industriellen Apparates

Die Frage ist aber nicht, ob Trump sich wirklich abwenden will von der Rolle eines Weltpolizisten, der sich anmasst, die Verkehrsregeln zu bestimmen und sie nach Belieben zu brechen, sondern ob die herrschenden Machtstrukturen es ihm erlauben. Ein Präsident der USA gilt als der mächtigste Mann der Welt, aber er bewegt sich nur innerhalb eines politischen Geheges, das er bei seinem Amtsantritt vorfindet. Es ist das Gehege, das abgesteckt wird von einem Apparat, in dem, wie der Ökonom *Jeffrey Sachs* einmal formulierte, «Wallstreet das Finanzsystem steuert, Big Oil das Energiesystem und die militärisch-industrielle Lobby die Aussenpolitik». Die Geheimdienste sind eng verflochten mit diesen Interessengruppen, ihr wichtigstes Werkzeug sind die Medien.

Trump hat schon in seiner ersten Amtszeit lernen müssen, dass seine Versuche einer neuen Aussenpolitik durch einen Medien-Tsunami sabotiert wurden, hinter dem die *Demokraten* in Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten standen. Trumps wenige Ansätze zu einer Entspannung mit Russland und Nordkorea sowie einer Verminderung der US-Militärpräsenz weltweit wurden unverzüglich zugeschüttet von einem Narrativ namens «Russiagate». Als *Wikileaks* im Juli 2016 zwanzigtausend E-Mails publizierte, die von einem Computer des *National Committee* der *Demokraten* stammten, verbreiteten Mitarbeiter der Wahlkampagne von *Hillary Clinton* augenblicklich, es handele sich «laut Geheimdienst-Erkenntnissen» um einen «russischen Hackerangriff». Der russische Präsident *Putin* wolle Clinton schaden und verhelfe Trump zum Wahlsieg.

Die Story versetzte die Medien in ein wahres Delirium, das während der gesamten Amtszeit Trumps andauerte. Die Vorstellung, dass Trump von Putin gesteuert werde, wurde mit immer neuen «Erkenntnissen der Geheimdienste» gefüttert, die sich später weitgehend als Fake erwiesen. Der ehemalige FBI-Chef *Robert Mueller* wurde mit einer Untersuchung beauftragt, bei der am Ende keine Beweise für das ominöse «Russiagate» herauskamen. Im Mai 2017 wurden Geheimdienstleute, Cyber-Sicherheitsfirmen und Mitarbeiter Clintons, die alle behauptet hatten, sie hätten Beweise für die Russiagate-Story, unter Eid vor dem Senat angehört. Keiner der Vorgeladenen konnte die angeblichen Beweise erhärten. Die Russiagate-Erzählung implodierte lautlos.

Patrick Lawrence, der jahrzehntelang für grosse US-Zeitungen als Asienkorrespondent arbeitete, beschreibt in seinem Buch «Journalists and their Shadows», wie ihm seine Mitarbeit in «The Nation» gekündigt wurde, weil er die Russiagate-Hysterie kritisierte und argumentierte, dass alle technischen Indizien darauf hinwiesen, dass es sich bei besagtem Hackerangriff um einen «inside job» aus dem Umfeld von Clinton handelte.

Die Kongress-Anhörungen wurden auf Druck der Demokraten unter Verschluss gehalten. Lawrence: «Man hätte meinen können, die Mainstream-Presse würde die Ergebnisse im Mai 2017 unmittelbar aufgreifen. Aber die grossen Zeitungen und Fernsehsender schwiegen. Erst im April 2020 wurde darüber berichtet.» Lawrence schreibt, dass der Schaden, den die Russiagate-Lügen der Glaubwürdigkeit der Medien und der US-Demokratie zugefügt hätten, vergleichbar sei mit dem psychologischen Schaden, den der Kalte Krieg in den «american minds» angerichtet habe. Der Kalte Krieg war in den USA und in Westeuropa mehr als alles andere ein Desinformations-Krieg der Geheimdienste gegen die eigene Bevölkerung. Im sogenannten Ostblock war es wohl spiegelbildlich das Gleiche.

Vom CIA trainierte Journalisten

1953 übernahm *Allen Dulles*, der Bruder des Aussenministers *John Foster Dulles*, die Leitung der CIA. Unter Allen Dulles wurde die Manipulation der öffentlichen Meinung durch die Presse zum wichtigsten politischen Hebel. Journalisten wurden für die CIA rekrutiert und plazierten «Nachrichten» und «Kommentare», die wiederum von anderen Medien als seriöse Informationen aufgenommen wurden. CIA-Agenten wurden trainiert für ihre Rolle als Journalisten.

Das ging so lange gut, bis die Anzeichen, dass die Presse von Geheimdienst-Agenten durchsetzt war, nicht mehr zu verheimlichen waren. Anfang der siebziger Jahre trat CIA-Direktor *William Colby* die Flucht nach vorne an. Er organisierte ein «Leck» an die Medien, in dem die CIA bekanntgab, sie habe interne Unregelmässigkeiten entdeckt. Drei Dutzend Journalisten stünden auf der Gehaltsliste des Geheimdienstes. Die Sache schlug hohe Wel-

Fortsetzung auf Seite 2

* *Helmut Scheben*, *1947 in Koblenz (Deutschland), war von 1980 bis 1985 Presseagentur-Reporter und Korrespondent für Printmedien in Mexiko und Zentralamerika. Ab 1986 war er Redaktor der *Wochenzeitung (WoZ)* in Zürich, von 1993 bis 2012 Redaktor und Reporter im *Schweizer Fernsehen SRF,* davon 16 Jahre bei der *Tagesschau.*

Venezuela und die Zukunft Lateinamerikas

Editorial der mexikanischen Tageszeitung «La Jornada»

Der venezolanische Präsident *Nicolás Maduro* rief gestern [14.11.2025] das US-amerikanische Volk dazu auf, die Kriegspläne des Trumpismus zurückzuweisen und eine führende Rolle dabei zu übernehmen. Er forderte dazu auf, «die wahnsinnige Hand dessen zu stoppen, der den Befehl zum Bombardieren, Töten und zum Führen eines Krieges in Südamerika und der Karibik gibt; stoppt den Krieg, nein zum Krieg!». Einen Tag zuvor hatte der Präsident bei einer Kundgebung zur Verteidigung der Souveränität Venezuelas seinen Amtskollegen *Donald Trump* aufgefordert, die Vereinigten Staaten nicht in einen «endlosen Krieg» zu führen, keine neuen ungerechten Konflikte zu beginnen, «kein Libyen mehr, kein Afghanistan mehr», in Anspielung auf zwei der Nationen, die in diesem Jahrhundert am stärksten vom US-Imperialismus zerstört wurden.

Die Äusserungen des chavistischen Politikers erfolgen vor dem Hintergrund, dass Washington kaum noch versucht zu verbergen, dass die Entsendung von Truppen, Flugzeugen und Kriegsschiffen an die Karibik- und Pazifikküste Südamerikas, darunter auch seines grössten und modernsten Flugzeugträgers, in Wirklichkeit darauf abzielt, einen Regierungswechsel in Caracas herbeizuführen. Bislang scheint die Strategie der US-Falken darin zu bestehen, dass die blosse Präsenz ihrer Flotten in Verbindung mit der Wirtschaftsblockade, der millionenschweren Belohnung für «Informationen, die zur Festnahme Maduros führen» und den ständigen Drohungen des Weissen Hauses einen Staatsstreich auslösen wird, der durch einen Bruch innerhalb der Reihen der bolivarischen Armee ermöglicht werden soll. Eine direkte militärische Aktion, wie sie der venezolanische Präsident andeutet, ist jedoch nicht auszuschliessen.

In diesem Sinne ist es alarmierend, dass hochrangige Mitglieder der US-Streitkräfte und der US-Regierung sowie einige ihrer ehemaligen Mitglieder und Sprecher ultrarechter Organisationen offen über eine militärische Intervention gegen Caracas sprechen und sogar dazu aufrufen. Die öffentliche und unverblümte Diskussion über imperialistische Angriffe ist ein Beleg für den Schaden, den der Trumpismus dem Völkerrecht und den diplomatischen Normen zugefügt hat: Wenn der Führer der grössten Weltmacht offen davon spricht, seine Launen mit Gewalt durchzusetzen, normalisiert er die Barbarei und schafft eine allgemeine Akzeptanz dafür, so dass selbst die schlimmsten Greueltaten niemanden mehr überraschen.

Angesichts dieser Tatsachen erscheinen die seit Anfang September von Washington durchgeführten aussergerichtlichen Hinrichtungen und das gewaltsame Verschwindenlassen von mindestens 80 Personen als makabrer Versuch, die Handlungsfähigkeit der internationalen Gemeinschaft zu testen angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen, die am hellichten Tag begangen und von Trump und mehreren Mitgliedern seines Kabinetts wie Kriegstrophäen präsentiert werden. Leider hat die Isolierung kritischer Stimmen gegen diese Praktiken und die Untätigkeit der internationalen Organisationen, die verpflichtet wären, in dieser Angelegenheit tätig zu werden, dem Magnaten gezeigt, dass er für seine Verstösse faktisch straffrei bleibt.

Dies wird beispielsweise durch die Veröffentlichung eines geheimen Memorandums des US-Justizministeriums bestätigt, aus dem hervorgeht, dass sich die republikanische Regierung bewusst ist, dass es keinerlei Rechtsgrundlage für ihre Operationen gegen mutmassliche Drogenboote gibt. Die einzige «Rechtfertigung» dafür beruht auf Trumps Idee, dass sich sein Land im Krieg mit Drogenhändlern befindet und diese als feindliche Kämpfer betrachtet werden können. Das ist eine absurde Vorstellung, denn damit der Krieg rechtlich gesehen tatsächlich stattfinden kann, muss er vom Kongress genehmigt werden, und selbst in diesem Fall setzt das Humanitäre Völkerrecht Grenzen dafür, was in einem bewaffneten Konflikt getan werden darf und was nicht.

Für Regierungen und Bürger, die sich für Frieden und Selbstbestimmung der Völker einsetzen, ist es dringender denn je, sich zur Verteidigung Venezuelas zusammenzuschliessen, unabhängig davon, welche Meinung sie von seinem Präsidenten haben: Auf dem Spiel steht nicht das Schicksal des Chavismus, sondern es droht die Rückkehr des brutalsten US-Neokolonialismus in der Region. •

Quelle: *La Jornada* vom 15.11.2025, Editorial; *https://www.jornada.com.mx/noticia/2025/11/15/editorial/venezuela-y-el-futuro-de-america-latina*

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«USA – ‹Schluss mit Regime change …›»
Fortsetzung von Seite 1

len und führte zu einer Untersuchung, die nach ihrem Leiter, einem Senator aus Idaho, «Frank Church Komitee» benannt wurde. Das Ergebnis wurde in sechs Bänden 1976 publiziert und hat mehr verheimlicht als aufgeklärt. Die beschuldigten Journalisten und Verleger waren nicht gezwungen worden, in den Zeugenstand zu treten. Spätere Recherchen unabhängiger Journalisten fanden heraus, dass es nicht «mehrere Dutzend», sondern mehr als 400 Journalisten waren, die für die CIA arbeiteten. 1963 schrieb der ehemalige US-Präsident *Harry Truman*, der Geheimdienst sei völlig aus dem Ruder gelaufen:

«Als ich die CIA gründete, hätte ich nie gedacht, dass sie in Friedenszeiten mit dunklen Mordkomplotten in Verbindung gebracht werden könnte. Ich sähe es gern […], dass ihre operativen Aufgaben beendet würden» («Limit CIA Role to Intelligence», «Washington Post» vom 22.12.1963).

Attentat auf de Gaulle: CIA unter Verdacht

Als Truman das schrieb, waren auf den französischen Präsidenten *Charles de Gaulle* mehrere Mordanschläge verübt worden, die er mit viel Glück überlebte. De Gaulle war überzeugt, dass der US-Geheimdienst dahintersteckte. Die französische Presse deckte Verbindungen zwischen Allen Dulles und französischen Putschisten auf. Die diplomatischen Spannungen wurden so untragbar, dass Präsident *Kennedy* mit de Gaulle telefonierte, um ihn seiner Freundschaft zu versichern und an Informationen zu gelangen: Informationen über die Machenschaften seines eigenen Geheimdienst-Chefs Allen Dulles. De Gaulle hatte die Vision von einem «Europe des Patries», Europa der Vaterländer, welches in der friedlichen Kooperation souveräner Staaten von London bis Moskau bestehen sollte. Der Franzose war den Falken in Washington ein Dorn im Auge. Weil de Gaulle die französische Kolonie Algerien aufgab, schlugen sie Alarm, de Gaulle wolle Algerien dem Kommunismus zum Frass vorwerfen.

Präsident Truman hätte sich nicht träumen lassen, wie viele Kriege und Militärputsche in der Folge mit den «Informationen westlicher Geheimdienste» begründet wurden und wie die Öffentlichkeit jeweils hinters Licht geführt wurde. Geheimdienste helfen der Regierung, Schaden vom Land abzuwenden, so die Lehrmeinung. Sie können aber auch ihrer eigenen Regierung schaden. Sicher ist es grob vereinfachend und unzutreffend, von einem «deep state», einem «Staat im Staat» oder einem «militärisch-industriellen Komplex» zu sprechen, als handele es sich um einen statischen, geschlossenen Machtblock, der über die Jahrzehnte unverändert die Fäden zieht.

Innerhalb der US-Geheimdienste, des FBI und des Pentagons gab es immer wieder Konflikte und Kontroversen über den politischen Kurs. Im Ukraine-Krieg zum Beispiel waren es bisher oft Pentagon-Generäle, die sich – im Widerstand gegen Hardliner beider Parteien – weigerten, der Ukraine Raketen zu liefern, die weit in russisches Territorium eindringen können. Präsident *George W. Bush* schreibt in seinen Memoiren, wie er in Streit mit seinen eigenen Geheimdiensten geriet[9], als diese 2007 zu dem Schluss kamen, der Iran habe den Bau einer Atomwaffe gestoppt. Als 2013 im Syrien-Krieg ein Anschlag mit dem Giftgas Sarin erfolgte, verzichtete Präsident Obama im letzten Moment auf eine militärische Invasion, weil seine Geheimdienste ihm mitgeteilt hatten, dass sie keine Beweise hätten, dass der syrische Präsident *Assad* für den Giftgaseinsatz verantwortlich sei.

> «Unbestreitbar ist die historische Konstante, dass der Komplex ‹Aufrüstung-Krieg-Wiederaufbau› zu den stärksten Motoren der westlichen Wirtschaft gehört, und dass es keinen grossen Industriekonzern mehr gibt, der nicht daran verdient, in letzter Zeit besonders die IT-Branche. Der Philosoph *Günther Anders* hat es in die Sentenz gefasst: ‹Die Waffen werden nicht für die Kriege gemacht. Der Krieg wird für die Waffen gemacht›.»

Wenn der Kuckuck im Nest «Intelligence Community» heisst

Wenn also der Machtblock, der oft lapidar als «deep state» bezeichnet wird, von wechselnden Allianzen und einem veränderlichen Profil gekennzeichnet ist, so heisst das nicht, dass es ihn nicht gibt und dass er Produkt von Verschwörungsphantasien oder Produkt der Paranoia des Donald Trump ist. Unbestreitbar ist die historische Konstante, dass der Komplex «Aufrüstung-Krieg-Wiederaufbau» zu den stärksten Motoren der westlichen Wirtschaft gehört, und dass es keinen grossen Industriekonzern mehr gibt, der nicht daran verdient, in letzter Zeit besonders die IT-Branche. Der Philosoph *Günther Anders* hat es in die Sentenz gefasst: «Die Waffen werden nicht für die Kriege gemacht. Der Krieg wird für die Waffen gemacht.»

Als Beispiel mag das *Project for a New American Century*[10] (PNAC) von 1997 stehen, das vorsieht, die weltweite Dominanz der USA durch militärische Gewalt zu verteidigen. Es ist das Projekt einer von den Lobbyisten der Energie- und Rüstungsindustrie betriebenen Aussenpolitik als neokoloniale Kriegspolitik. Dass sich an dieser groben Marschrichtung nichts geändert hat, zeigt die Studie «Overextending and unbalancing Russia», die die *Rand Corporation*, die mächtigste Denkfabrik des Pentagons, 2019 publizierte. Wenn viele Analysten den Begriff «deep state» verwenden, dann, weil sie überzeugt sind, dass da ein Apparat wirkt, der sehr oft in geheimen, «unterirdischen» Kanälen mit grossen Medien verbunden ist und über diese Medien jede Regierung vor sich hertreiben kann. Ob man diesen Apparat «Staat im Staat» nennt oder Kuckuck im Nest, macht keinen Unterschied. Die «Washington Post» berichtete 2010, es gebe in den USA 854 000 Leute, die an zehntausend verschiedenen Orten auf Geheimhaltungsstufe für die «nationale Sicherheit» arbeiteten.[11]

Die erbitterte Fehde, die Präsident Donald Trump mit seinen Geheimdiensten austrägt, ist also kein einmaliger Vorgang. Da ist ein System wirksam, dass zurückreicht bis in die Anfänge des Kalten Krieges. Allen Dulles hasste John F. Kennedy. Und umgekehrt. Nach aussenhin wurde zwar ein formal korrekter Umgang gewahrt, aber der alternde CIA-Chef sah mit Bestürzung, dass der junge Präsident nicht gewillt war, der Sowjetunion und dem Kommunismus mit der kompromisslosen militärischen Härte zu begegnen, die Dulles für unabdingbar hielt. Kennedy probte nach seiner Amtsübernahme eine Politik der Kohabitation der Blöcke. Er wollte eine militärische Eskalation und einen Nuklearkrieg vermeiden, gleichwohl liess er sich in das Vietnam-Desaster hineinziehen.

1961 organisierte die CIA einen Angriff auf das kommunistische Kuba, um *Fidel Castro* zu stürzen. Kennedy war nicht erfreut darüber. Er wollte die Invasion als eine Operation aufständischer kubanischer Antikommunisten erscheinen lassen und nach aussen hin die offizielle Hilfe seiner Regierung abstreiten. Dulles hatte dagegen auf massives militärisches Eingreifen der USA gedrängt und war damit bei Kennedy aufgelaufen. Folglich versuchte der CIA-Chef es mit dem Holzhammer. Er liess Kennedy im unklaren über die geringen Chancen der Operation und hoffte, wenn sich ein Scheitern abzeichne, werde Kennedy gezwungen sein, Luftwaffe und Marine einzusetzen, um ein weltweites Image-Desaster der USA zu vermeiden. Kennedy ging nicht in die Falle. Er musste seinen Widerstand gegen den Machtblock seiner Generäle und der «Intelligence Community» – das ist meine Interpretation – 1963 mit dem Leben bezahlen.

Man mag in Donald Trump einen Bluffer sehen, einen Gambler und Hasardeur, aber sein erratischer Kurs in der Aussenpolitik ist nicht nur mit derartiger Psychologie zu begründen. Trump muss, wie jeder seiner Vorgänger im Amt, den aggressiven Kuckuck im Nest füttern, indem er den militärischen Kraftmeier spielt. Daher sein aussenpolitischer Slalom zwischen «America first» und militärischer Intervention. Kein Präsident der USA konnte sich jemals diesen Zwängen entziehen. •

---

1 *https://dert.online/kurzclips/video/260562-gabbard-usa-haben-zu-lange-regimewechsel-gesetzt-das-ist-jetzt-vorbei/*

2 *https://www.congress.gov/crs-product/R42738*

3 *https://www.deutschlandfunkkultur.de/drohnen-krieg-obamas-toedliches-erbe-100.html*

4 *https://weltwoche.ch/story/fluch-der-karibik-2/*

5 *https://www.lantidiplomatico.it/dettnews-pino_arlacchi__la_grande_bufala_contro_il_venezuela_la_geopolitica_del_petrolio_travestita_da_lotta_alla_droga/5871_62413/*

6 *https://www.infosperber.ch/politik/welt/barry-seal-only-in-america/*

7 *https://de.wikipedia.org/wiki/CIA_und_der_Drogenhandel*

8 *https://www.nzz.ch/feuilleton/russen-werden-diesen-krieg-gewinnen-und-im-westen-stellt-man-sich-blind-und-redet-ueber-den-frieden-ld.1853460*

9 *https://globalbridge.ch/die-wandmalereien-von-der-iranischen-atombombe/*

10 *https://en.wikipedia.org/wiki/Project_for_the_New_American_Century*

11 *https://en.wikipedia.org/wiki/United_States_Intelligence_Community*

Erstveröffentlichung *https://globalbridge.ch/usa-schluss-mit-regime-change-und-nation-building/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_source_platform=mailpoet&utm_campaign=globalbridge-updates-3* vom 16.11.2025

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung, für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft *Zeit-Fragen*
Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:
Zeit-Fragen, Postfach 247
CH-9602 Bazenheid
E-Mail: *redaktion@zeit-fragen.ch*
abo@zeit-fragen.ch

Internet: *www.zeit-fragen.ch*

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: PostFinance, BIC POFICHBEXXX

IBAN CH91 0900 0000 8764 4472 4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH

IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2025 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

Francesca Albanese: UN-Sicherheitsratsresolution verstösst gegen das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und die UN-Charta

Francesca Albanese (Bild AHRC)

Genf (19. November 2025) – Eine UN-Expertin äusserte heute ihre tiefe Besorgnis über die Verabschiedung der Resolution 2803 durch den Sicherheitsrat und warnte, dass diese gegen das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser verstösst, die unrechtmässige Präsenz Israels in den Besetzten Palästinensischen Gebieten, einschliesslich der fortgesetzten unrechtmässigen Politik und Praktiken, festigt und damit die Gefahr birgt, die anhaltende Massengewalt zu legitimieren.

«Ich begrüsse die erneute Aufmerksamkeit des UN-Sicherheitsrats für Gaza und die dringende Notwendigkeit eines dauerhaften Waffenstillstands», sagte *Francesca Albanese**, Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in den seit 1967 Besetzten Palästinensischen Gebieten.

«Aber ich bin zutiefst verwirrt. Trotz der Schrecken der letzten zwei Jahre und der klaren Rechtsprechung des *Internationalen Gerichtshofs* hat der Rat beschlossen, seine Reaktion nicht auf genau die Rechtsvorschriften zu stützen, zu deren Einhaltung er verpflichtet ist: die internationalen Menschenrechtsnormen, einschliesslich des Rechts auf Selbstbestimmung, das Recht über die Ausübung von Gewalt, das Humanitäre Völkerrecht und die *Charta der Vereinten Nationen*.»

«Artikel 24 Absatz 2 der *Charta der Vereinten Nationen* stellt klar, dass der Rat bei der Erfüllung seiner Aufgaben ‹im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen handelt›.»

«Anstatt einen Weg zur Beendigung der Besatzung und zur Gewährleistung des Schutzes der Palästinenser aufzuzeigen, birgt die Resolution die Gefahr, die externe Kontrolle über die Regierungsführung, die Grenzen, die Sicherheit und den Wiederaufbau des Gaza-Streifens zu festigen. Die Resolution verrät die Menschen, die sie zu schützen vorgibt.»

Die Resolution wurde am Montag (17. November) mit 13 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen von Russland und China angenommen.

Albanese betonte, dass die Resolution 2803 klare rechtliche Verpflichtungen gegenüber den Palästinensern durch ein «sicherheitsorientiertes, kapitalgetriebenes Modell der ausländischen Kontrolle» ersetzt, das die bestehenden Machtasymmetrien festigt. «Das Mandat zur ‹Sicherung der Grenzen›, zum ‹Schutz der Zivilbevölkerung› und zur ‹Entwaffnung› konzentriert sich fast ausschliesslich auf die Entwaffnung palästinensischer bewaffneter Gruppen, während nichts unternommen wird, um die eigentliche Ursache der Gewalt zu beseitigen: Israels anhaltende rechtswidrige Belagerung, Besatzung, Rassentrennung und Apartheid sowie ethnische Säuberungen», sagte sie.

«Eine Streitmacht, die einem sogenannten ‹Friedensrat› untersteht, dessen Vorsitz der Präsident der Vereinigten Staaten innehat, einer aktiven Konfliktpartei, die die illegale Besatzungsmacht kontinuierlich militärisch, wirtschaftlich und diplomatisch unterstützt hat, ist nicht legal», sagte die Expertin. «Es ist ein dreister Versuch, durch die Androhung fortgesetzter Gewalt gegen eine praktisch wehrlose Bevölkerung die Interessen der USA und Israels durchzusetzen, schlicht und einfach.»

«Im wesentlichen wird dies Palästina in den Händen einer Marionettenregierung zurücklassen, und die Vereinigten Staaten, die sich mitschuldig am Völkermord gemacht haben, zum neuen Verwalter des Freiluftgefängnisses ernennen, das Israel bereits errichtet hat.»

«Wenn die Besetzten Palästinensischen Gebiete, einschliesslich Gaza, eine internationale Präsenz erfordern, sollte diese beauftragt werden, den sofortigen und bedingungslosen Rückzug Israels aus den Besetzten Palästinensischen Gebieten gemäss dem Gutachten des *Internationalen Gerichtshofs* von 2024 und der Resolution der Generalversammlung zu überwachen», sagte die Sonderberichterstatterin. «Eine solche Präsenz sollte Zivilisten schützen, die Einstellung der Feindseligkeiten garantieren, weitere Vertreibungen verhindern, die Rechenschaftspflicht für schwere Verstösse sicherstellen und das palästinensische Volk bei der Ausübung seines Rechts auf freie Bestimmung seiner politischen Zukunft unterstützen.»

Albanese warnte, dass es, so lange Israel physisch in irgendeinem Teil der Besetzten Palästinensischen Gebiete, einschliesslich des Gaza-Streifens, präsent bleibt, eine völkerrechtswidrige Handlung darstellt, die alle Staaten, einschliesslich der Vereinigten Staaten, nicht anerkennen, unterstützen oder begünstigen dürfen.

«Der IGH hat klargestellt: Selbstbestimmung ist ein unveräusserliches Recht des palästinensischen Volkes, und die Vereinten Nationen und alle Staaten sind verpflichtet, bei ihrer Verwirklichung zu helfen. Dies kann nur mit dem sofortigen und bedingungslosen Rückzug der rechtswidrigen israelischen Präsenz in den Besetzten Palästinensischen Gebieten beginnen. Einen missbräuchlichen Treuhänder durch einen anderen zu ersetzen, ist keine Selbstbestimmung, sondern rechtswidrig.»

Die Sonderberichterstatterin sagte, dass die Palästinenser keine Überwachungsmacht über den Trümmern ihrer zerstörten Heimat brauchen. «Sie brauchen eine schützende internationale Präsenz, die Israels unrechtmässige Besatzung beendet, den Völkermord stoppt und ihre Fähigkeit zur Selbstverwaltung wiederherstellt. Schutz bedeutet, die Blockade aufzuheben, ungehinderten humanitären Zugang zu gewährleisten, die palästinensische Selbstverwaltung zu unterstützen, das Recht auf Rückkehr zu garantieren und das Völkerrecht in vollem Umfang durchzusetzen», sagte sie.

Albanese warnte auch davor, dass der Plan bereits von einigen Staaten als «politisches Druckventil» genutzt worden sei, um Diskussionen über Sanktionen und andere konkrete Massnahmen, die zur Beendigung schwerwiegender Verstösse erforderlich sind, auszusetzen. «Staaten können schwerwiegende Verstösse gegen zwingende Normen nicht ignorieren, nur weil ein politischer Plan vorübergehend diplomatische Vorteile bietet.»

«Ich fordere daher alle Staaten, insbesondere diejenigen, die für die Resolution gestimmt haben, auf, sie in Übereinstimmung mit dem verbindlichen Völkerrecht auszulegen und umzusetzen», sagte sie. «Das Völkerrecht ausser Kraft zu setzen macht die Uno zum Komplizen, untergräbt die UN-Charta und kann nur zu einer ‹Verschärfung des menschlichen Gemetzels› führen.»

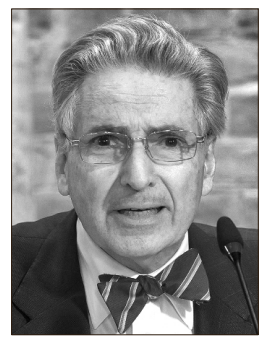
«Dies ist ein existentieller Moment», sagte Albanese. «Die internationale Gemeinschaft darf nicht zulassen, dass über die Zukunft Gazas – oder die Zukunft des palästinensischen Volkes – ohne dessen Mitwirkung und Zustimmung entschieden wird. Nur ein Ansatz, der auf Gerechtigkeit, Rechtmässigkeit und Selbstbestimmung basiert, kann zu echtem Frieden führen.» •

Quelle: *https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/11/un-security-council-resolution-violation-palestinian-right-self* vom 19.11.2025

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

* Dr. *Francesca Albanese* ist eine international arbeitende Juristin, die sich auf Menschenrechte und den Nahen Osten spezialisiert hat. Seit Mai 2022 ist sie *Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Menschenrechtslage in den seit 1967 Besetzten Palästinensischen Gebieten* (OPT). Als assoziierte Wissenschaftlerin am *Institute for the Study of International Migration* der Georgetown University ist Albanese Autorin renommierter Publikationen, darunter *Palestinian Refugees in International Law* (Oxford University Press, 2020), das als Meilenstein in der Literatur zu diesem Thema gilt, und zuletzt *J'accuse* (Fuoriscena 2024).

Ein Kommentar von Alfred de Zayas*



Alfred de Zayas (Bild zvg)

Professor *Francesca Albanese* hat Recht. Der Sicherheitsrat verstösst gegen den Wortlaut und den Geist der UN-Charta, insbesondere gegen dessen Aufgabenbereich gemäss Artikel 24, in dem es heisst: «Um ein rasches und wirksames Handeln der Vereinten Nationen zu gewährleisten, übertragen ihre Mitglieder dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und kommen überein, dass der Sicherheitsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben im Rahmen dieser Verantwortung in ihrem Namen handelt. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben handelt der Sicherheitsrat in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen», die in den Artikeln 1 und 2 festgelegt sind und auf den Kernprinzipien der Selbstbestimmung *aller* Völker und dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten beruhen. Die Organisation muss Frieden, Menschenrechte und Entwicklung konsequent fördern, unter anderem durch die Durchsetzung der Beschlüsse des *Internationalen Gerichtshofs* und des *Internationalen Strafgerichtshofs*. Der *Trump*-Plan versucht, den IGH und den IStGH zu umgehen und sie irrelevant zu machen. Es versteht sich von selbst, dass die Ermordung von Zivilisten durch Israel vollständig beendet werden muss. Die verantwortlichen Politiker und Militärs müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Der *Internationale Strafgerichtshof* befasst sich derzeit mit einer Reihe von Fällen, die den Völkermord und die Mittäterschaft zahlreicher Staaten an diesem Völkermord betreffen. Die Haftbefehle des IStGH gegen *Netanjahu* und *Gallant* aus dem Jahr 2024 warten auf ihre Vollstreckung. Das einzige legitime und dauerhafte Friedensszenario im Nahen Osten erfordert die vollständige Umsetzung der drei Gutachten des *Internationalen Gerichtshofs* und der Anordnungen in der anhängigen Rechtssache Südafrika gegen Israel. Es muss sofortige humanitäre Hilfe für die palästinensischen Opfer und Wiedergutmachung für das Verbrechen des Völkermords geben, das von der Unabhängigen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen unter der ehemaligen Hochkommissarin *Navi Pillay*, vom Gaza-Volksgericht unter Professor *Richard Falk*, von *Amnesty International* und *Human Rights Watch* ausführlich dokumentiert wurde. Das Trump-Diktat kommt einer Aufgabe der verbindlichen Verpflichtungen gegenüber dem palästinensischen Volk gleich. Es stellt eine eklatante Missachtung des Rechtsstaatsprinzips und der «erga omnes»-Verpflichtung zur Umsetzung des Völkerrechts und der Menschenrechtsverträge dar. Es ist eine Beleidigung für die vielen Institutionen, die sich seit Jahrzehnten für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und die Gründung eines palästinensischen Staates einsetzen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist nicht verhandelbar. Darüber hinaus muss es strafrechtliche Konsequenzen für die von Israel begangenen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord geben. Alles andere ist ein Betrug an der Menschheit. *Die Autorität und Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen wurde erheblich geschwächt, und die Menschheit ist dadurch ärmer geworden*. *Quis custodiet ipsos custodes?* [Wer überwacht die Wächter?] *Iuvenalis*, 6. Satire, Vers 347–348.•

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

* *Alfred de Zayas* ist Rechtsprofessor an der *Geneva School of Diplomacy* und war von 2012 bis 2018 als unabhängiger Experte der Vereinten Nationen für internationale Ordnung tätig. Er ist Autor von zwölf Büchern, darunter «Building a Just World Order» (2021), «Countering Mainstream Narratives» (2022) und «The Human Rights Industry» (2021, Clarity Press).

«Ein unauslöschlicher Fleck auf unserem kollektiven Gewissen»

von Francesca Albanese

«[…] Die Greueltaten, die wir in den letzten zwei Jahren erlebt haben und die eine Eskalation dessen darstellen, was seit Jahrzehnten von internationalen palästinensischen und israelischen Menschenrechtsexperten angeprangert wird, werden ein unauslöschlicher Fleck auf unserem kollektiven Gewissen bleiben, insbesondere als Europäer und für die Zukunft dieser Institution. Die Europäische Union hat es nicht nur versäumt, als regionale Organisation zu handeln, die in der Lage ist, selbst die grundlegendsten politischen Massnahmen zur Beendigung der grausamsten Verbrechen durchzusetzen, und dies trotz der Massenproteste auf dem gesamten Kontinent, die von einfachen Menschen angeführt wurden. Die Untätigkeit der Europäischen Union wurde sogar aktiv unterstützt und ist zum Alibi der Mitgliedsstaaten geworden, um ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zu verletzen, die nicht durch EU-Recht und -Politik ausser Kraft gesetzt werden.

[…]

Allein durch das Programm «Horizon» hat die Europäische Union seit 2014 israelische Einrichtungen, darunter militärische Institutionen wie die israelische Luft- und Raumfahrtindustrie, *Rafael Advanced Defense Systems* und *Elbit Systems* sowie das israelische Verteidigungsministerium selbst, in erheblichem Umfang finanziert. Die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union geht noch weiter. Seit 1981 hat die *Europäische Investitionsbank* israelische Einrichtungen mit 2,7 Milliarden Euro finanziert, darunter 760 Millionen Euro an Krediten an die Bank *Leomi*, die in der Datenbank der Vereinten Nationen für Unternehmen aufgeführt ist, die an Aktivitäten im Zusammenhang mit Siedlungen beteiligt sind. Nein, es muss nicht daran erinnert werden, dass es sich dabei um Verbrechen handelt. Und die wirtschaftlichen Verbindungen hören hier nicht auf. Seit 2022 haben die Europäische Union und Ägypten eine Vereinbarung mit Israel über die Lieferung von Gas über ägyptische Infrastrukturen getroffen, obwohl bekannt ist, dass das israelische Militär eine Seeblockade zum Schutz der Pipelines durchführt. Durch meine Recherchen habe ich eine Reihe grosser Unternehmen identifiziert, die in EU-Mitgliedsstaaten ansässig sind und massgeblich an der Finanzierung, Bewaffnung und Profiten von Israels Greueltaten beteiligt sind. Und nicht zuletzt bleibt der Militärsektor eine zentrale Säule der Zusammenarbeit zwischen der EU und Israel. Während des Völkermords haben die Waffenausfuhren und -einfuhren aus den EU-Mitgliedstaaten nach Israel zugenommen, und die Europäische Union selbst hat Israels Militärapparat unterstützt, indem sie in Technologien investiert hat, die an Palästinensern getestet wurden, um ihre eigene Festung Europa mit *Frontex* zu befestigen, indem sie Drohnen israelischer Unternehmen in dem Meer des Todes einsetzt, zu dem wir das Mittelmeer gemacht haben. Eines der beunruhigendsten Ergebnisse all dessen ist, dass Europa bereit ist, eklatante Menschenrechtsverletzungen zu ignorieren, um die Instrumente für seine eigene gewalttätige Politik zu perfektionieren. Gleichzeitig war die Europäische Union nicht in der Lage oder nicht willens zu handeln, als sie mit Sanktionen der Vereinigten Staaten gegen europäische Bürger, darunter auch mich, konfrontiert wurde. Ich bin nicht die Einzige. […]

Quelle: Auszug aus dem Beitrag von Francesca Albanese bei einem Briefing im Europaparlament über «Palästina, internationales Recht und die Rolle Europas» am 19. November 2025 (Transkript); https://www.youtube.com/watch?v=UhT5qmNt49U

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Globi und die Demokratie

von Eliane Perret

Buch-besprechung

Was ist Demokratie? Wer hat sie erfunden? Wie funktioniert sie? Nicht nur für *Globi* (siehe Kasten), sondern für viele Kinder (und Erwachsene) ist unsere direkte Demokratie mit vielen Unklarheiten verbunden. «Zauberformel», «Gewaltenteilung», «Souveränität», «Föderalismus», «Konkordanz»? … Was bedeutet das? Darauf gibt das Buch «Globi und die Demokratie» kurzweilig und in gut verständlicher Weise Auskunft und legt dar, was den Kern unseres Landes ausmacht. «Wie kann man Kinder für Politik begeistern?», wurde *Marc Zollinger*, der Autor des Buches, in einem Interview gefragt. «Indem man ihnen eine Geschichte erzählt und sie mit einer vertrauten und beliebten Kindercomicfigur auf eine Reise durch die Schweiz nimmt», war seine Antwort. Entstanden ist so ein Sachbuch, illustriert von *Samuel Glättli* in der gut aufbereiteten Reihe *Globi Wissen*.[1]

Die erste Auflage erschien im Frühling 2018. Sie war schnell vergriffen und wurde 2023, im Jahr des 175. Jubiläum der Schweizer Bundesverfassung, zum zweiten Mal aufgelegt, überarbeitet und ergänzt durch aktuelle Fakten und einen Schwerpunkt auf dem Umgang miteinander.

Eine Reise durch die Schweizer Demokratie

Wir begleiten Globi auf seiner Entdeckungsreise durch die direkte Demokratie. Unterstützt wird er von seiner Begleiterin *Helvetia*, welche die Schweiz symbolisiert und ihm alles Wichtige erklärt. Sie reist mit Globi durch die Schweiz, führt ihn zu wichtigen Orten und Menschen, die in der Entstehungsgeschichte unseres Landes und für die Entwicklung der Schweizer Demokratie bedeutsam waren. Wir besuchen die Rütliwiese und begegnen *Wilhelm Tell* und reisen weiter nach Aarau, der ersten Hauptstadt unseres Landes. Dann folgt ein Besuch im heutigen Bundeshaus in Bern. Schliesslich erfahren wir Wissenswertes zur Landsgemeinde – der direktesten Form der Demokratie –, aber auch zur Bedeutung und zum Sinn von Gemeindeversammlungen. Helvetia ermöglicht Globi Interviews mit tatsächlichen und

ISBN 978-3-85703 133-5

ersonnenen Behördenvertretern, die seine neugierigen Fragen zur Schweizer Demokratie beantworten. So erfahren wir zusammen mit Globi, wie unser Regierungssystem aufgebaut ist und was es für ein friedliches Zusammenleben in einer direkten Demokratie braucht. Damit klärt sich in vielfältiger und unterhaltsamer Weise, was unser Land so einzigartig macht und von anderen Demokratien grundlegend unterscheidet.

Für Kinder und Erwachsene

«Globi ist eine Art Botschafter der Demokratie. Er baut eine Brücke zwischen den Kindern und abstrakten Konzepten», sagte *Moria Zürrer* von der *Neuen Helvetischen Gesellschaft* (die das Buch in Auftrag gegeben hatte) in einem Interview. «Das Buch über Demokratie ist nicht nur für Kinder gedacht, sondern auch für deren Eltern», meinte Zürrer weiter, denn «es reicht nicht, Demokratie aus Büchern zu lernen, Demokratie muss jeden Tag gelebt werden. Um an demokratischen Prozessen teilzunehmen, muss man die Demokratie kennen und ihre Regeln verstehen.»[2] Am schönsten ist es deshalb für Kinder, wenn sie von einem Erwachsenen auf ihrer «Reise durch die Schweiz» mit Globi und Helvetia begleitet werden. Das gibt allen Gelegenheit, zu überdenken, was frühere Generationen geleistet haben und wie wir dieses weltweit einmalige Juwel erhalten können. Nicht nur in der Familie, auch in der Schule kann deshalb das Buch für Lehrpersonen zu einer wichtigen Grundlage und Ideensammlung für den Unterricht zur Schweizergeschichte werden, fern von Ideologie oder zeitgeistigen Narrativen. Das Wissen darum und die Gespräche darüber, was es braucht, um in Frieden zusammenleben zu können, wird dann nicht nur eine wichtige Bildungsgrundlage, sondern es ist auch bedeutsam für die Identitätsbildung und die gefühlsmässige Entwicklung eines Kindes. Solche Begegnungen und Gespräche können für Kinder zu Meilensteinen in ihrer Entwicklung werden: Sie fühlen sich ernstgenommen, merken, dass man ihnen etwas zutraut, und spüren, dass ihr Beitrag zum Zusammenleben jetzt und später wichtig sein wird. •

[1] Zollinger, Marc; Glättli, Samuel. *Globi und die Demokratie*. Globi Verlag, Zürich 2023. Übersetzungen in den anderen Landessprachen und Englisch sind vorgesehen.

[2] Beti, Luca. *Globi erklärt Kindern die Demokratie*. *https://www.swissinfo.ch/ger/kultur/deardemocracy_globi-erklaert-kindern-die-demokratie/44399144*

Robert Lips (1912–1973), der Erfinder von Globi

ep. Als *Robert Lips* 1932 ein Werbeplakat für «Schaffhauser Wolle» schuf, wurde *Ignatius Karl Schiele*, der Werbechef des Warenhauses *Globus*, auf ihn aufmerksam. Lips erhielt von ihm die Möglichkeit, anlässlich des 25. Geburtstags von *Globus* ein Plakat zu gestalten. Damit begann für die beiden eine Zusammenarbeit, die lange Jahre andauerte. Zwar hatte Lips ein Architekturstudium am Technikum in Winterthur absolviert, doch wandte er sich danach seiner künstlerischen Leidenschaft für das Malen und Zeichnen, für Karikaturen und Skulpturen zu. Wenig bekannt ist, dass er auch Karikaturen für Zeitschriften wie die *Zürcher Illustrierte*, den *Sport* und den *Nebelspalter* sowie auch Illustrationen für Bücher gestaltete, die in der Schweiz wichtig waren. Lips und Schiele entwickelten 1932 gemeinsam die Idee von *Globi* als Werbefigur für das Kaufhaus. Nach vielen Entwürfen war Globi so «geboren», wie wir ihn heute kennen: halb Mensch und halb Papagei mit gelbem Schnabel, Baskenmütze und karierter Hose. Lips hatte mit Globi einen Schweizer Klassiker geschaffen, der in den seither 90 Jahren seines Bestehens kaum optischen Änderungen unterworfen wurde – ein Qualitätsausweis für Robert Lips' künstlerische Arbeit. Ab 1938 erschien jedes Jahr mindestens ein weiterer Globi-Band mit jeweils vierzeiligen Versen zu jedem gezeichnetem Bild auf der gegenüberliegenden Seite. Globi wurde so zum Liebling vieler Kinder. Selbst im Kriegsjahr 1943 wurden 90000 Globi-Bücher verkauft. 1966 erschien dann mit «Globi und Robi und ihr unterhaltsamer Zoo» der 33. und offiziell letzte Band, den Robert Lips für den *Globi Verlag* zeichnete.

Es war nicht einfach, einen Nachfolger zu finden, der den Zeichenstil von Robert Lips übernehmen konnte. Für Illustratoren stand die Herausforderung an, sich in den Zeichnungsstil von Robert Lips einzufinden. Sie meisterten diese Aufgabe, und nur Fachleute können heute Unterschiede in der Ausgestaltung Globis erkennen. So ist er heute noch eine generationenübergreifende Figur und Protagonist unzähliger Abenteuer, welche die Kinder mit ihm erleben können. Bis Februar 2025 wurden 99 Bildbände veröffentlicht. Sie gehören seit mehreren Generationen zu den meist verkauften Kinderbüchern; bis heute wurden über 9 Millionen Bücher verkauft. Seit Januar 2007 gehört der *Globi Verlag* zum *Orell Füssli Verlag*.

Quellen:
Homepage von Robert Lips; https://www.cyranos.ch/lips01.htm und Homepage des Globi Verlags; https://globi.ch/ueber-globi

Deutschland soll gleichgeschaltet werden: auf «Kriegstüchtigkeit»

Und wer dabei unter die Räder kommt

von Karl-Jürgen Müller

Am 30. Januar 1933, als *Adolf Hitler* vom Reichspräsidenten *Paul von Hindenburg* zum Reichskanzler ernannt wurde, gab es noch ein weitgehend frei gewähltes Parlament, verschiedene Parteien und unabhängige Verbände, eine Verfassung mit Grundrechten und Gewaltenteilung sowie neben Hitler nur zwei Nationalsozialisten in der neuen Reichsregierung. Anfang August 1934, nach dem Tod des Reichspräsidenten, riss Hitler – als vorläufig letzter Schritt in eine totalitäre Diktatur – auch dessen Amtsbefugnisse an sich und nannte sich nun «Führer und Reichskanzler». Zuvor waren die Grundrechte ausser Kraft gesetzt worden. Die meisten Kommunisten und andere Kräfte der Opposition waren in Gefängnissen und Konzentrationslagern interniert oder sogar ermordet worden. Das Parlament hatte sich selbst der Gesetzgebungsbefugnis beraubt. Alle Parteien ausser der NSDAP waren verboten und alle grossen Verbände in die Hand der NSDAP geraten. Die Mehrheit der Amtsträger in den beiden grossen christlichen Kirchen arrangierte sich mit dem Regime. Die NSDAP hatte in allen Ländern und Gemeinden die Macht an sich gerissen, es gab keine Gewaltenteilung mehr. Die Medien waren dem Reichspropagandaminister *Goebbels* unterworfen. Auch die innerparteiliche Opposition in der NSDAP war ausgeschaltet … Deutschland war zu einem NS-Staat geworden, in dem die NSDAP und vor allem Hitler den Ton angaben. Historiker bezeichnen den Vorgang als «Gleichschaltung».

Aber wie war das möglich? Mit einem Volk mit einer derart grossen und vielfältigen Kulturgeschichte? In einem weitum als zivilisiert geltenden Land? Wie war es möglich, dass innerhalb von nur wenig mehr als eineinhalb Jahren aus einem zumindest seiner Verfassung nach demokratischen Staatswesen eine brutale Diktatur werden konnte?

> «Eine Politik, die sich nicht nur gegen das richtet, was jedes Land, was alle Menschen am notwendigsten brauchen: *Frieden*. Sondern auch Hunderte von Milliarden verschwendet – die woanders fehlen.»

Einfach ist die Antwort nicht. Aber sicher spielten das von den Nationalsozialisten ohne jeden Skrupel und mit Perfidie eingesetzte Macht- und Gewaltprinzip und die fatalen Reaktionen der Menschen darauf eine entscheidende Rolle!

Früher und heute

Wie sieht es heute, mehr als 90 Jahre später aus? *Friedrich Merz* ist nicht Adolf Hitler, und der in Kernfragen einige Parteienblock im Deutschen Bundestag, der von der CSU über die CDU, die SPD, *Bündnis 90/Die Grünen* bis hin zur *Linken* reicht, ist keine NSDAP. Heute gibt es auch keine Konzentrationslager und offenen staatlichen Morde. Aber harsche Diffamierung, verschiedene Arten der Zensur, soziale Ausgrenzung und andere Formen «struktureller Gewalt» (*Johan Galtung*).

Und was die Gleichschaltung betrifft: Seitdem *Boris Pistorius* vor nunmehr zwei Jahren das erste Mal forderte, Deutschland müsse (bis 2029) «kriegstüchtig» werden, schliessen sich nicht nur alle Parteien des Blocks, sondern auch alle grossen Verbände und – was zutiefst ernüchternd ist – auch die beiden grossen christlichen Kirchen der Pistorius-Forderung an. Mitte November auch die *Evangelische Kirche Deutschlands* EKD. Die neue Schrift dazu mit dem schönen Titel «Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen»[1] tut dies mit zwar süssen Worten, aber im Prinzip ganz auf Regierungslinie. In den achtziger Jahren hatte die evangelische Kirche in Deutschland noch sehr aktiv die deutsche Friedensbewegung mitgestaltet.

Und wehe dem, der die Dinge anders sieht

Das bekommen in Deutschland derzeit vor allem Politiker der AfD zu spüren. Die AfD ist in Sachen «Kriegstüchtigkeit» gespalten. Ein Teil der Partei bläst ins gleiche Horn wie die anderen Parteien im Block. Ein anderer Teil, vor allem aus Ostdeutschland, spricht offen aus, dass Deutschland nicht von Russland bedroht wird, es also keinen Grund für derart wahnhafte Rüstungsanstrengungen gibt, und dass es für Deutschland besser, sogar lebensnotwenig wäre, dabei mitzuhelfen, den (vom Westen provozierten) Krieg in der Ukraine so schnell wie möglich mit diplomatischen Mitteln zu beenden und wieder gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Russland aufzubauen.

Was den Parteien im Block gar nicht passt. Immerhin ist die AfD mit mehr als 20 Prozent Wählerstimmen als grösste Oppositionspartei in den Bundestag eingezogen, in Gesamtdeutschland läge sie nach aktuellen Umfragen bei fast 25 Prozent Wähleranteil, und in Ostdeutschland ist sie schon seit geraumer Zeit die Partei mit der grössten Zustimmung unter den Wählern. Das alles sagt nichts über die politische Qualität der AfD insgesamt aus. Aber den Parteien im Block ist diese Partei ein grosser Dorn im Auge – fürchten sie doch die wirklich andere politische Meinung, befürchten sie doch den Machtverlust.

Aktuelle Stunde im Bundestag

Eine *Aktuelle Stunde* im Deutschen Bundestag vom 5. November 2025 auf Verlangen von CDU/CSU und SPD mit dem vielsagenden Titel «Auswirkungen des Verhältnisses der AfD zu Russland auf Deutschlands Sicherheitsinteressen – Kein Patriotismus, sondern mögliche Gefährdung unserer Sicherheit»[2] hat gezeigt, wie die neue Parole gegen die AfD lautet: Die AfD gefährde die Sicherheit Deutschlands, weil es AfD-Politiker mit guten Kontakten nach Russland gibt, sogar Reisen nach Russland, und weil die AfD so viele parlamentarische Anfragen zu sicherheitsrelevanten Themen stellt. Die AfD stehe im Dienste Russlands, sei eine Art fünfte Kolonne von Deutschlands grösstem Feind.

Die AfD sei «eine russlandtreue Schläferzelle» und lasse sich «am Halsband vom Kreml durch die Manege führen», so der CDU-Abgeordnete *Heinrichmann*. Sie sei ein «Handlanger russischer Interessen», «eine veritable Gefahr für unsere Demokratie», so die SPD-Abgeordnete *Eichwede*. Die AfD habe «in ihren Reihen einflussreiche Agenten fremder Mächte», sei «das Trojanische Pferd des Kremls», so der ehemalige SPD-Minister *Hubertus Heil*. Sie halte «dem Aggressor Putin die Einfallstore sperrangelweit auf», so die Grüne *Irene Mihalic*. «Schauen wir nicht länger zu, wie Verfassungsfeinde mit *Putins* Unterstützung unser Land zerstören.» Deutschland müsse «wehrhaft bleiben gegen Putin und gegen seine Helfer im Bundestag», so der Grüne *Robert Wagner*. Und

Fortsetzung auf Seite 5

Unrealistische Wunschvorstellungen

Aus der Vernehmlassung zum Rahmenvertrag 2.0 Schweiz-EU

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Offenbar haben einige Schweizer das Prinzip der institutionellen Rechtsübernahme nicht ganz verstanden. Die Schweiz würde sich zur grundsätzlichen Übernahme von neuem EU-Recht verpflichten und könnte, falls der Bundesrat, das Parlament oder das Volk nein sagt zu einzelnen EU-Normen, mit unbekannten Ausgleichsmassnahmen bestraft werden. Ein solches System ist nicht kompatibel mit dem Schweizer Staatsverständnis und den direktdemokratischen Rechten der Bürger. Punkt. Wer einzelne Ausnahmebestimmungen als grosse Errungenschaften des Schweizer Verhandlungsteams herausstreicht oder auf eine demokratieverträgliche inländische Umsetzung spekuliert, lenkt vom Wesentlichen ab.

In der Vernehmlassung, die Ende Oktober abgelaufen ist, haben sich Kantone, Parteien und Verbände vorläufig positioniert. Bis zur Volksabstimmung – vermutlich 2027 – ist eine Kurskorrektur immer noch möglich. Während die SP, die *Grüne Partei*, die FDP und die *Grünliberalen* dem Paket prinzipiell zustimmen, lehnt die SVP es aus staatspolitischen Gründen ab.

Warum nur traut sich der Gewerbeverband nicht, klar nein zu sagen?

Einigen Vernehmlassungsteilnehmern ist der Zwang zur ungefilterten Übernahme von EU-Normen und EuGH-Urteilen immerhin nicht geheuer, so dem *Schweizer Bauernverband*[1] oder dem *Schweizerischen Gewerbeverband* (sgv). In seiner Vernehmlassungsantwort schreibt der sgv deutsch und deutlich: «Kritisch beurteilt werden jedoch die institutionellen Regeln des neuen Vertragspakets, zu welchem eine Zustimmung nur unter Bedingungen denkbar ist, weil sie die Bürokratie erhöhen, die Verwaltung stärken und die demokratischen Einflussmöglichkeiten des Schweizervolks und der KMU schwächen.»[2] Diese Erkenntnis sollte eigentlich genügen für ein klares Nein zum Rahmenvertrag. Warum nur trauen sich die KMU-Vertreter nicht? Ein bisschen geben sie ihrem Unbehagen Ausdruck, indem sie eine obligatorische Volksabstimmung mit Ständemehr fordern.

Was uns mit der Institutionalisierung der bilateralen Verträge blühen würde

mw. Ein aktuelles Müsterchen: Im August 2023 ereignete sich im Gotthard-Basistunnel ein schwerer Zugunfall, zum Glück ohne Todesopfer und Verletzte. Ein Radbruch hatte zur Entgleisung eines Güterzugs geführt und den Tunnel stark beschädigt. Die Reparaturarbeiten dauerten 13 Monate. Kostenpunkt: 150 Millionen Franken. In der Folge führten die Bundesbehörden sorgfältige Untersuchungen durch mit dem Ziel, künftig ähnliche Unfälle zu verhindern. Im Juni 2025 veröffentlichte die unabhängige *Sicherheitsuntersuchungsstelle des Bundes* (SUST) ihren Bericht. Gestützt darauf ordnete das *Bundesamt für Verkehr* BAV am 11. September 2025 strengere Kontrollen für den Schienengüterverkehr an.[1]

Ein normaler Ablauf in einem souveränen Staat, würde man meinen. Die Schweiz trägt die ganzen praktischen und finanziellen Folgen dieses Unfalls, sie hat das alleinige Recht, adäquate Sicherheitsmassnahmen auf ihrem Hoheitsgebiet zu beschliessen. Ganz anders sieht dies die Europäische Kommission: Sie beschwerte sich umgehend, «ein nationaler statt eines europaweiten Ansatzes» sei «nicht im Interesse ihrer Bahnbranche».[2]

Unter den heutigen bilateralen Verträgen kann die Brüsseler Bürokratie nur ihren Unmut über die eigenständige Regelung der Eidgenossenschaft äussern – mit dem institutionellen Vertragspaket würde sie uns die Rechtssetzung aus der Hand nehmen. Ist es das wert?

[1] *«BAV beschliesst Massnahmen für sicheren Güterverkehr». Medienmitteilung vom 11.9.2025*

[2] *«EU befürchtet Störungen im Güterverkehr wegen Schweizer Regeln». Keystone-SDA vom 27.10.2025*

Die bestehenden Bilateralen I und II brächten halt den Schweizer KMU zahlreiche Vorteile, so der Gewerbeverband, «insbesondere die Marktteilnahme über die Binnenmarktabkommen sowie die Personenfreizügigkeit». Als ob die bilateralen Verträge nicht genausogut ohne institutionellen Überbau weitergeführt und -entwickelt werden könnten – aber von Gleich zu Gleich. Brüssel jedenfalls wird kaum interessiert sein an einer Beendigung der Personenfreizügigkeit oder des Transitverkehrs durch die Alpen.

Riesen-Bürokratie-Apparat zwecks «demokratietauglicher» EU-Rechtsübernahme?

Auch die Mitte-Partei will das Prinzip der institutionellen Rechtsübernahme «ums Verrode» nicht kapieren. Sonst würde sie in der Vernehmlassung nicht behaupten, mit einem «Monitoringkonzept» des Bundesrats wäre alles in Butter. Wenn die EU neue Regeln plane, müssten die «zuständigen Parlamentskommissionen, die Kantone und die Öffentlichkeit […] frühzeitig über EU-Rechtsentwicklungen informiert werden», damit sie die Möglichkeit hätten, «umstrittene EU-Rechtsentwicklungen frühzeitig zu erkennen, politisch zu diskutieren und dem Bundesrat Handlungsrichtlinien vorzugeben.»[3]

Als ob die EU-Kommission und der EuGH unsere differenzierten föderalistischen und demokratischen Abläufe zur Kenntnis nehmen würden! Ja, Mitte-Politiker aus den Bergkantonen glauben sogar, Brüssel würde vielleicht sein Plazet geben für die eigenständige Schweizer Regelung der Wasserzinse und Eigentumsrechte bei den Wasserkraftwerken (Die Mitte. *Vernehmlassungsantwort*, S. 19f.). Der Gewerbeverband wiederum hätte vom Bund gern «Sicherheiten für die demokratische Mitwirkung und Massnahmen zur Entlastung der KMU».

Unrealistische Wunschvorstellungen am Laufmeter! Im autoritären EU-System geben die EU-Kommission und der EuGH den Tarif durch. Die Vorstellung, dass ein nationales Parlament oder die Gliedstaaten ihrer Regierung «Handlungsrichtlinien» gegenüber der Brüsseler Oberherrschaft geben könnten, ist mehr als absurd. Beim «Decision Shaping» in bezug auf die Schaffung neuen EU-Rechts dürfte der EDA-Chef bestenfalls neben 27 Ministern aus den EU-Ländern sitzen, zu sagen hätte er kaum etwas. Der Pro-forma-Einbezug der *Konferenz der Kantonsregierungen* KdK und der Aussenpolitischen Parlamentskommissionen schützt uns in Tat und Wahrheit nicht davor, dass gravierende Rechtsänderungen durchrutschen und direkt zu Schweizer Recht werden – von direkter Demokratie ganz zu schweigen. Das können doch die Schweizer Kantone, Parteien und Verbände nicht wollen!

«Es reicht nicht, dass die Volksrechte in der Verfassung stehen, sie müssen in der Realität auch zählen. Und das ist nicht möglich, wenn wir uns institutionell an die EU anbinden. Die Lektüre der Erläuterungen zu den EU-Verträgen zeigt klar: Der Bundesrat sagt Dinge, die nicht zutreffen. Er tut so, als ginge alles weiter wie bisher. Wer für die Verträge ist, müsste konsequenterweise sagen, dass er die direkte Demokratie für aus der Zeit gefallen hält.» (*Oliver Zimmer*)[4] •

[1] siehe «Schweizer Bauernverband: Sicherung der landwirtschaftlichen Souveränität mit dem EU-Vertrag?». In: *Zeit-Fragen* Nr. 22 vom 14.10.2025. *https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2025/nr-22-14-oktober-2025-1/schweizer-bauernverband-sicherung-der-landwirtschaftlichen-souveraenitaet-mit-dem-eu-vertrag*

[2] «Vorstand des Gewerbeverbands beurteilt EU-Verträge kritisch und empfiehlt eine Abstimmung mit Ständemehr». *Medienmitteilung* vom 17.10.2025

[3] Die Mitte. «Vernehmlassung: Paket ‹Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU› – Bilaterale III». Kurzfassung. 29. Oktober 2025

[4] Fontana, Katharina. «Oliver Zimmer: ‹Es entwickelt sich eine soziale Zweiteilung in der Schweiz – man muss nicht Sozialist sein, um das zu erkennen›». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 21.10.2025

«Deutschland soll gleichgeschaltet …»
Fortsetzung von Seite 4

auch der Linke *Jan Köstering* assistierte: «Es ist wichtig, dass wir uns damit auseinandersetzen, wie die AfD ihren Einfluss im Sinne Russlands und Putins einsetzt.»

Feindbild und Kriegsgeschrei …

Bezeichnend an der Debatte in der aktuellen Stunde war nicht deren Inhalt. Hier hatten die Parteien im Block nichts Substantielles zu bieten. Aber auch die AfD nutzte die Gelegenheit nicht, um der antirussischen Hysterie sachlich fundiert entgegenzutreten. Stossend waren vor allem die Schärfe der Attacken gegen die AfD und das unüberhörbare Feindbild und Kriegsgeschrei. Wer die Debatte verfolgt hat oder nachliest, der merkt, dass jede Kritik am deutschen Kriegskurs unerwünscht ist und mundtot gemacht werden soll.

Eine Politik, die sich nicht nur gegen das richtet, was jedes Land, was alle Menschen am notwendigsten brauchen: *Frieden*. Sondern die auch Hunderte von Milliarden verschwendet – die woanders fehlen.

… auch auf Kosten der Kinder

Am 12. November 2025 legte das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen *Unicef* seinen diesjährigen Bericht über die Lage der Kinder in Deutschland vor.[3] In der Pressemitteilung zum Bericht heisst es:

«Der neue *Unicef*-Bericht zur Lage der Kinder 2025 in Deutschland zeigt, dass weiterhin viel zu viele Kinder mit Blick auf ihre Chancen für ein gutes Aufwachsen und Zukunftsperspektiven zu stark ins Hintertreffen geraten. Mehr als einer Million Kinder fehlen wesentliche Voraussetzungen für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und für späteren beruflichen Erfolg. […] Die ungleichen materiellen und sozialen Voraussetzungen in den Familien wirken sich auf alle Lebensbereiche der Kinder aus. Der Abstand zwischen bestens unterstützten und besonders benachteiligten Kindern wächst. […] Eine beträchtliche Zahl von Kindern in Deutschland ist von den konkreten Folgen von Armut betroffen. So wurden über eine Million Kinder als depriviert eingestuft, mussten also auf die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse wie den Ersatz abgetragener Kleidung, eine beheizte Wohnung oder warme Mahlzeiten verzichten. 44 Prozent der armutsgefährdeten Kinder leben in überbelegten Wohnungen. Mindestens 130 000 Kinder sind wohnungslos und in kommunalen Unterkünften untergebracht. […] Im internationalen Vergleich ist der Anteil der Kinder, bei denen grundlegende Bedürfnisse aus finanziellen Gründen nicht gestillt werden können, in Deutschland deutlich höher als in einigen anderen europäischen Ländern. […] Bei der Bekämpfung von Kinderarmut stagniert die Entwicklung in Deutschland seit Jahren. […] Es besteht grosser Handlungsbedarf, damit möglichst alle Kinder und Jugendlichen gute Startbedingungen und Perspektiven für ihr weiteres Leben haben.»

Kanzler Merz sagte allerdings: «Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar.»[4]

Ist das wirklich alles, was die deutsche Politik zu bieten hat?

PS Sollte es innerhalb der kommenden Wochen und Monate über den Weg einer amerikanisch-russischen Einigung tatsächlich zu einem Ende des Stellvertreter-Krieges in der Ukraine kommen, so werden Deutschland und die anderen Mitglieder der westlichen Kriegspartei noch mehr isoliert sein in der Welt, und die Sackgasse des deutschen Kriegskurses wird für alle offenbar werden. •

[1] *https://www.ekd.de/friedensdenkschrift-2025-91393.htm*

[2] *https://dserver.bundestag.de/btp/21/21036.pdf#P.3978*, Seite 3978ff.

[3] *https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/-/unicef-bericht-zur-lage-der-kinder-in-deutschland-2025/385504*

[4] *https://www.deutschlandfunk.de/merz-sozialstaat-von-heute-nicht-mehr-finanzierbar-100.html* vom 24.8.2025

Anmerkungen zur Schweizer Neutralität

Der Kriegsrhetorik frönen oder die Neutralität verteidigen

Dr. phil. René Roca, Forschungsinstitut direkte Demokratie

In der laufenden Debatte rund um die Schweizer Neutralität und die lancierte *Neutralitätsinitiative* schalten sich auch emeritierte Völkerrechtler und ehemalige Botschafter ein und versuchen, die Schweizer Neutralität zu demontieren. Sie reihen sich in die Brigaden ein, die sich vor dem Zeitgeist verneigen, und frönen einer Kriegsrhetorik, die Europa unweigerlich in den Abgrund ziehen wird. Jenseits von Russophobie und Antiamerikanismus ist die neutrale Position die einzig moralische und erfordert ein tiefgründigeres Nachdenken. Sie zielt auf den Konflikt und will den Frieden. Völkerrechtler und Schweizer Botschafter sollten wissen, dass man das Neutralitätsrecht nicht einfach als «unzeitgemäss» entsorgen und dagegen die Uno-Charta beschwören kann. Diese Charta, so behaupten sie immer wieder, beinhalte ein «absolutes Angriffs- und Gewaltverbot». Sie übersehen dabei geflissentlich die zwei Ausnahmen: Zum einen das «Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung» (Art. 51). Das reklamiert heute jeder Kriegssüchtige für sich und baut es in seine Kriegslogik ein. Zum anderen das Recht des Sicherheitsrates, Gewalt anzuwenden (Art. 39ff.). Der Sicherheitsrat gerät so in die Rolle eines «Weltenrichters», der die übrigen Länder – also die UN-Generalversammlung – zu willfährigen Mitläufern degradiert. Das kann unmöglich die Grundlage eines Neutralen sein. Das Neutralitätsrecht kann allenfalls in Abstimmung mit den Unterzeichnerstaaten ergänzt werden, bleibt aber unersetzbar für die Neutralen.

Die *Neutralitätsinitiative* will diese moralische Position stärken und die herrschende unsägliche Kriegslogik entlarven. Deshalb muss die Initiative in der bald folgenden Abstimmung angenommen werden, auch wenn die Schweiz damit von allen Seiten mit Kritik eingedeckt wird. Der Neutrale muss das zugunsten des Friedens ertragen. •

«Die Atombombe und der Mensch»

Gedanken zu Hiroshima aus der Perspektive der Schweizer Neutralität

von Beat Kissling

Durch die Reihen zahlreicher Schweizer Politiker ging vor gut zwei Jahren – mitbefeuert durch die Medien – eine Welle der Empörung, als der damalige Bundespräsident *Alain Berset* in einem NZZ-Interview von einem «Kriegsrausch» sprach, den er in «gewissen Kreisen» wahrnehme. Damals ging es um die Haltung der Schweiz zu ihren Waffenexporten ins Ausland. Diese sind mit der gesetzlichen Auflage belegt, dass die Waffen an kein kriegsführendes Land weiterverkauft werden dürfen. Der Bundesrat war im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg im In- und Ausland enorm unter Druck gesetzt worden, das entsprechende Gesetz aufzuweichen und die Exporte auch in kriegsführende Länder zuzulassen. Dafür hätte die Schweizer Neutralität «flexibilisiert» werden müssen, eine opportunistische Haltung, die aber unter Schweizer Politikern von links bis rechts inzwischen verbreitet zu sein scheint. Hier die genauen Worte, mit denen Berset das Verbot verteidigte, und der Kontext, in dem er von Kriegsrausch sprach:

> *«Ich verstehe und respektiere, dass andere Länder eine andere Haltung haben. Aber die Schweizer Position muss ebenfalls respektiert werden. Und ich glaube auch, dass wir verstanden werden, wenn wir erklären, wie unsere Position zustande kommt. Sie beruht auf unserem Engagement für den Frieden, für das humanitäre Recht, wo möglich für Mediationen. Wir sind Depositar der Genfer Konvention, des IKRK und der Uno. Und diese besondere Rolle der Schweiz widerspiegelt sich in unseren Gesetzen, auch was die Ausfuhr von Waffen betrifft.»*

Anschliessend sagte er mit Bezug auf den Druck, der auf die Schweiz ausgeübt wurde, endlich die Waffenexporte zuzulassen:

> *«Das aktuelle Klima erinnert an das Klima zu Beginn des Ersten Weltkriegs. Es herrschte damals die Meinung vor, es gebe so viele Spannungen und Frustrationen, dass sich dies nur in einem Krieg entladen könne – und viele Leute waren von dieser Vorstellung begeistert.»*

Darauf nach den Parallelen zu heute befragt, meinte Berset:

> *«Ich spüre auch heute diesen Kriegsrausch in gewissen Kreisen. Und darüber bin ich sehr besorgt. Denn dieses Gefühl beruht auf einer kurzfristigen Sicht. Dabei muss man immer langfristig denken: Was wollen wir für eine gemeinsame Zukunft auf diesem Kontinent?» («Neue Zürcher Zeitung» vom 11.3.2023)*

Die Präsidenten beinahe aller Bundesratsparteien zeigten sich über Bersets Stellungnahme schockiert, die eigenen Parteigenossen, sonst immer beflissen, eine skeptische bis ablehnende Haltung gegenüber dem Militär einzunehmen, distanzierten sich wortreich von ihrem Bundespräsidenten und sprachen im günstigsten Fall von einer verfehlten Formulierung, einige gar von einem Steilpass für *Putin*.

War es wirklich so abwegig, was Berset sagte? Mit seinen Worten verteidigte er engagiert die Schweizer Neutralität als Ausdruck gelebten Engagements für den Frieden und wertete die Stimmung in Europa, die Bereitschaft, weiterhin Menschen in der Ukraine sterben zu lassen und grundsätzlich Krieg in Europa überhaupt als Möglichkeit zu akzeptieren, als höchst problematisch.

Mit dem Wort «Kriegsrausch» wird eine Einstellung zum Krieg identifiziert, die zu Recht Sorgen macht, weil sie die Realität des Krieges verharmlost, wie es auch vor dem Ersten Weltkrieg geschah. Alain Berset hat eine Warnung an die Adresse derer ausgesprochen, die den Abscheu vor dem Krieg verloren haben und in eine Rhetorik einstimmen, die der Neutralitätsgesinnung in der Schweiz zutiefst widerspricht. Denn die Neutralität ist ein Konzept internationaler Beziehungen, das jegliche Dominanz und Tendenz zu gewalttätigen Konfliktlösungen entschieden ablehnt und sich ausschliesslich zur Friedensförderung und -vermittlung und zu humanitären Einsätzen zugunsten der Opfer verpflichtet fühlt. Die ethische Dimension der Neutralität eines Landes als Dienst am Frieden scheint zumindest in Kreisen der Politik in den letzten Jahrzehnten einer Amnesie zum Opfer gefallen zu sein.

Alain Berset gehört offensichtlich zu den wenigen in der Schweizer Politik, die sich der Rolle und Bedeutung der Schweizer Neutralität in diesem Sinn noch bewusst sind. Mahnende Botschaften vor der Barbarei und den Greueln des Krieges sind in der sogenannt zivilisierten Welt selten geworden, dies mit wenigen Ausnahmen, wie das folgende Beispiel zeigt.

«Nie wieder Hiroshima und Nagasaki» – ein Fanal für die Menschheit

2012 traf ich an der isländischen Universität in Reykjavik im Foyer eine Ausstellung an, die mich tief berührte. Sie hiess «Die Atombombe und der Mensch» und bestand aus 40 gerahmten Bild- und Text-Plakaten, welche die entsetzlichen Folgen der Atombombe dokumentierten. Sie zeigten das unvorstellbare Ausmass an Zerstörung, die ungeheure Zahl an verkohlten Leichen, Bilder von sterbenden verstrahlten Menschen, die versuchten, Linderung an einem Fluss zu finden u. a. m. Wie zu erfahren war, wurde die Ausstellung von *Nihon Hidankyo* («Rat der japanischen Opfer von Atom- und Wasserstoffbomben»), dem 1956 gegründeten japanischen Verband der Atombombenopfer mit dem Anliegen konzipiert, das Andenken an dieses Kriegsverbrechen wachzuhalten und möglichst viele Menschen vor den verheerenden Folgen dieser mörderischen Waffe zu warnen. Letztes Jahr wurde *Nihon Hidankyo* mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, weil die Organisation den Überlebenden eine Stimme gibt und sich bis heute unermüdlich für die Ächtung der Atombombe eingesetzt hat.

Nach meinem Besuch in Island versuchte ich an einer Kantonsschule das Kollegium dafür zu gewinnen, die Ausstellung unseren Schülerinnen und Schülern zu zeigen. Mein Anliegen, dadurch mit den Gymnasiasten über die Ursachen und Folgen von Kriegen ins Gespräch zu kommen und ihren Sinn für die Greuel des Krieges zu sensibilisieren, stiess auf wenig Begeisterung. Es hiess, die Bilder und Inhalte seien zu brutal. Einige Jahre später fand sich dann doch noch eine Gelegenheit, die Katastrophe von Hiroshima der Schülerschaft näherzubringen: Ein Kollege schlug die Vorführung eines Dokumentarfilms vor, der die bittere Realität der *Hibakusha* (Atombombenopfer) und deren schwer traumatisierende Erfahrungen zeigt.

«Als die Sonne vom Himmel fiel»

Der 2015 erstmals ausgestrahlte Dokumentarfilm der japanisch-schweizerischen Autorin *Aya Domenig*, der diesen Titel trägt, zeigt das Verbrechen des Atombombenabwurfs in sachlicher, zugleich menschlich tief berührender Art und Weise. Domenig berichtet zunächst aus der Perspektive ihrer Familie. Ihr Grossvater war Arzt im Rotkreuzspital in Hiroshima. Zum Zeitpunkt des Bombenabwurfs am 6. August 1945 um 8.15 Uhr war er zwar nicht in der Stadt, traf aber wenig später ein und blieb zehn Tage ununterbrochen vor Ort, ohne Zeit zu haben, seine Frau zu benachrichtigen. Die Ereignisse werden im Film über viele Gesprächssituationen mit der Grossmutter geschildert, die aus ihrer Erinnerung erzählt. Die in der Schweiz lebende Aya Domenig suchte sie noch vor der Katastrophe von Fukushima (2011) auf, um sie als Zeitzeugin über die Folgen der Atombombe sprechen lassen zu können. Ihr Mann war damals längst an den Folgen der Verstrahlung gestorben.

Die Grossmutter erzählte, dass ihr Mann nach den zehn Tagen vollständig erschöpft aus Hiroshima nach Hause kam, ohne ein Wort über seine Erlebnisse zu verlieren. Erst später hat er seiner Enkelin einmal anvertraut, dass er in den zehn Tagen, inmitten unzähliger toter Menschen, versucht habe, die noch Lebenden zu retten. Dazu ergänzte er: «Wer nicht dabei war und es nicht selbst erlebt hat, kann es nicht verstehen» – und habe zugleich gelacht und geweint.

Im Film unterhält sich weiterhin eine Gruppe älterer Damen, die als Krankenschwestern in Hiroshima im Einsatz waren. Sie sind sehr aufgewühlt, als sie ihre Erinnerungen Revue passieren lassen und einen Film über ihr Spital aus der Zeit nach dem Bombenabwurf ansehen. Sie berichten davon, wie sie täglich die vielen Toten aus der Stadt trugen und dort verbrannten, dass die vielen Körper nach wenigen Tagen voller Maden waren durch die Fliegen, die ihre Eier in das Fleisch der Menschen ablegten. Sie erzählen, wie schlimm es gewesen sei und sie belastet habe, den Schwerverletzten die angelegten Binden abzunehmen. Nach weiteren Schilderungen gebietet eine von ihnen energisch Einhalt: Sie kann die Erinnerungen nicht mehr ertragen, will nicht weitersprechen.

Eine andere Zeitzeugin und ehemalige Krankenschwester, die über 90jährige *Chizuko Uchida*, schildert, dass sie sich als Jugendliche für diesen Beruf entschieden hatte, weil sie als Frau eine Heldin sein wollte, wie die im Krieg sich opfernden Soldaten. Doch die Erfahrung mit der Atombombe, das unerträgliche Erlebnis der unzähligen Toten und Sterbenden habe ihre Sicht auf den Krieg radikal gewandelt. Als der Film entstand, nahm die vom Alter schwer gebeugte Frau grossen Anteil am Schicksal der früher in der Nähe von Fukushima lebenden Menschen, die selber möglicherweise schon verstrahlt vor der Radioaktivität flohen. Es wird gezeigt, wie die alte Frau säckeweise selbst geernteten Tee mit heilender Wirkung an die Betroffenen des nuklearen Fallout schickt und als spontane mitmenschliche Hilfeleistung Menschen aus Fukushima vorübergehend zu sich aufnimmt.

Ein weiteres Porträt eines Zeitzeugen im Film widmet sich dem weit über 90jährigen *Shuntaro Hida*, dem letzten noch lebenden Arzt, der mit dem Grossvater von Aya Domenig im Rotkreuzspital in Hiroshima tätig war. Bitter weist er darauf hin, dass nach seinem Tod niemand mehr da sein werde, der die Wahrheit erzählen kann, zumal die Politik nicht wirklich an Aufklärung und Schutz der Bevölkerung interessiert sei. Deshalb treffe er fast alle zwei Tage einen Journalisten oder halte Vorträge. Die Kamera folgt ihm an verschiedene Veranstaltungen, an denen er über die Atombombe und ihre fatale Wirkung auf die menschliche Zivilisation spricht. Zu Aya Domenig sagt er: «Ich spreche, bis ich zusammenbreche!»

Seine Schilderungen über das Erlebte sind schwer zu ertragen: Zur Zeit des Bombenabwurfs sei er bei einem Patienten auf dem Land gewesen. Er habe dann so viele Menschen sterben sehen, ohne sich ihre Zustandsbilder erklären zu können. Blut sei ihnen aus Mund, Nase und sogar Augen geströmt. Wenn Menschen den Mund öffneten, habe es fürchterlich nach Verwesung gerochen; es schien, als würden die Menschen buchstäblich vor den Augen der Ärzte verfaulen. Nie zuvor habe ein japanischer Arzt Menschen so sterben sehen. Der Grund für die Ratlosigkeit der Fachleute – ein Umstand, der bei Shuntaro Hida sichtbar grosse Empörung hervorruft – liegt darin begründet, dass die amerikanischen Besatzer den japanischen Ärzten und Pflegenden zwischen 1945 und 1952 das Verbot auferlegt hatten, über das Gesehene und Erlebte nach dem Bombenabwurf zu sprechen. Die Amerikaner wollten zwingend, dass die gesundheitlichen Folgen der Atombombe ein streng gehütetes Geheimnis blieben. Der Oberbefehlshaber der US-Armee verbot selbst jeglichen Austausch unter Fachleuten, einschliesslich jedes Forschens und Erstellens wissenschaftlicher Studien. Wer es wagte, etwas zu sagen, riskierte, ins Gefängnis gesteckt zu werden. Dies hatte zur Folge, dass das medizinische Personal, das bei den Strahlenopfern mit völlig unbekannten Symptomen konfrontiert war, nicht viel tun konnte. Man verstand nicht, wieso beispielsweise Menschen starben, obwohl sie selber der Bombe nicht direkt ausgesetzt waren.

Bis heute leiden Menschen in Japan als Konsequenz der amerikanischen Zensur nicht nur an den Langzeitfolgen der radioaktiven Verstrahlung, sondern auch an den Ängsten und Vorurteilen, die aus der Unkenntnis und Fehlinformation der Menschen hervorgegangen sind. Menschen aus Familien von Strahlenopfern fanden lange Zeit, teils bis heute, kaum Arbeit und blieben oft partnerlos, konnten also keine Familie gründen, weil die Befürchtung kursierte, solche Menschen seien eine potentielle Gefahr für andere.

Dieses bewegende Filmdokument hinterliess im Gemüt der jungen Kantonsschülerinnen und -schüler Spuren, wie aus dem anschliessenden Gespräch deutlich wurde. Die belastenden Bilder, die bestürzenden Schicksale, die augenscheinliche furchtbare Bedrohung geht an niemandem spurlos vorbei. Dies zeigt, wie bedeutsam es für die heranwachsenden Generationen ist, anhand solcher Dokumentationen Abscheu und Realitätssinn angesichts von Krieg und seinen Folgen zu entwickeln und den unbedingten Willen zu stärken, Konflikte stets auf dem Verhandlungsweg, auf der Suche nach Lösungen ohne Gewalt zu bewältigen, so wie es in der UN-Charta festgehalten ist.

«Segen für die Menschheit»?

In einem Artikel der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 16. Juli 2025 wurde in verdankenswerter Offenheit über die Entstehung der beiden Atombomben für Hiroshima und Nagasaki berichtet. Im Lead des Artikels heisst es: «Die USA erfanden im geheimen *Manhattan Project* die Atombombe – und warfen sie zweimal über Japan ab. In Los Alamos wird das bis heute als Segen für die Menschheit präsentiert. Über die Opfer schweigt man sich aus.»

Die Atombombe als «Segen für die Menschheit»? Wie ist eine solche unglaubliche Pervertierung der Realität möglich? Sie illustriert eine wesentliche Erkenntnis zur Realität des Krieges: Die Wahrheit ist sein erstes Opfer, noch bevor die ersten Schüsse fallen. Wieviel Manipulation war wohl erforderlich, um das offensichtliche Kriegsverbrechen zu einem humanen Akt umzudeuten? Zur entscheidenden Frage, wie die USA den Einsatz der Bomben gerechtfertigt haben, werden im Artikel Historiker zitiert, die darauf hinweisen, dass es den Amerikanern nicht primär darum gegangen sei, den Krieg möglichst zu beenden, wie man es der Bevölkerung weismachte, sondern darum, «der Sowjetunion die Zerstörungsgewalt der neuen Waffe» zu demonstrieren – «und was ihnen drohe, sollten sie Amerikas Nachkriegspläne durchkreuzen». Am Ende des Krieges hätten 85 % der Amerikaner die Bombenabwürfe als moralische Handlung begrüsst. Erst als mit der Zeit bekannt wurde, dass Hiroshima kein Militärstützpunkt war, wie Präsident *Truman* behauptet hatte, dass 95 % der Opfer in Hiroshima, 99,8 % der Opfer in Nagasaki Zivilisten waren, dass die Atombombe alles Lebendige in unmittelbarer Nähe innerhalb von Sekunden verkohlte und dass die Überlebenden und ihre Nachkommen bis heute an Strahlenschäden leiden, begann sich die Einstellung auch bei vielen Amerikanern zu wandeln.

Neutralität und die dringend erforderliche Bildung zur Humanität

Die Zukunft der Menschheit, ob geplagt durch Krieg oder gesegnet durch vielfältige Formen ernsthafter, respektvoller zwischenstaatlicher Kooperation, wie im Völkerrecht fest verankert, hängt von der Gesinnung und dem Engagement der Menschen überall auf der Welt ab. Friedensinitiativen wie diejenige von *Nihon Hidankyo* oder Dokumente, die den Menschen die Augen öffnen, sie aufrütteln wie der Film von Aya Domenig, sind Beiträge von Menschen, die dank einer auf Vernunft und Menschlichkeit aufbauenden Ethik zum Gemeinwohl weltweit sehr viel beitragen und deshalb grösste Anerkennung und Unterstützung verdienen. Die Haltung der Schweiz, wie sie Alain Berset mit seiner Stellungnahme 2023 verteidigte, nämlich die Neutralität als Ausdruck eines ernsthaften Engagements für Frieden, Verständigung und humanitäre Hilfe zu verstehen, basiert auf demselben Bestreben. In unseren Bildungsinstitutionen sollte viel mehr Anstrengung unternommen werden, den jungen Menschen durch den Zugang zu Wissen und Erfahrung, aus denen das Völkerrecht hervorgegangen ist, eine auch emotional verankerte Friedensethik zu vermitteln. Sie sollten mit Persönlichkeiten, die dafür Wesentliches geleistet haben – *Henry Dunant, Berta von Suttner, Albert Schweitzer, Mahatma Gandhi, Martin Luther King, Nelson Mandela*, um nur einige zu nennen –, und mit ihren Werken vertraut gemacht werden. Als Lehrer habe ich die schöne Erfahrung immer wieder gemacht, dass solche Vorbilder gelebter menschlichen Ethik bei jungen Menschen eine grosse Resonanz finden. •

Wie kann Friedensethik gelingen?

Das positive Beispiel des KSZE-Prozesses und die Schweizer Neutralität

*von René Roca**

René Roca (Bild kpe)

Die Schweiz war während der Zeit des Kalten Krieges, der von 1949 bis 1991 dauerte, immerwährend neutral. Sie hat so in vielen Konflikten mitgeholfen, einen Versöhnungsprozess aufzugleisen. Damit hat sie dem eigenen Land, aber auch Europa und der Welt friedenspolitisch gedient. Die Schweiz war damals diplomatische Grossmacht.

Seit dem Ende des Kalten Krieges setzte in der Schweiz allerdings eine Erosion der Neutralität ein. Schon beim Ersten Golf-Krieg 1991 übernahm die Schweiz die Wirtschaftssanktionen der Uno gegen den Irak, obwohl sie damals noch gar nicht Mitglied in diesem Gremium war. Sie kehrte damit gemäss eigener Einschätzung zur sogenannten «differentiellen» Neutralität zurück, das heisst, sie war bereit, Abstriche an der Neutralität vorzunehmen. Die Wirtschaftssanktionen gegen den Irak hatten bekanntlich verheerende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, insbesondere auf die Kinder. Zwischen 1991 und 2001 starben im Irak nach Angaben von UN-Organisationen wie *Unicef* oder WHO und vor allem auch gemäss den Berichten des ehemaligen Koordinators des humanitären UN-Hilfsprogramms für den Irak, *Hans-Christof von Sponeck*, mehr als eine Million Menschen, darunter mehr als 500 000 Kinder unter fünf Jahren. Die Gründe waren fehlende Nahrungsmittel und medizinische Hilfe wie Medikamente usw. Die Schweiz trägt hier eine Mitschuld, da sie die Wirtschaftssanktionen unterstützte. Das hat mit Neutralität nichts mehr zu tun.

Die Erosion der Neutralität setzte sich dann im Laufe der 1990er Jahre fort, bis sie dann mit der Übernahme der EU-Sanktionspakete ab März 2022 gegen Russland im Rahmen des Ukraine-Krieges praktisch pulverisiert wurde. Dieser Todesstoss für die Neutralität war der Grund, dass eine überparteiliche Arbeitsgruppe eine Volksinitiative zur Wahrung der schweizerischen Neutralität lancierte. Sie wurde am 11. April 2024 mit knapp 130 000 gültigen Unterschriften in Bern eingereicht. Die Schweizer Regierung, der Bundesrat, lehnt diese Initiative ab und bemerkt in seiner Botschaft dazu, er wolle die Neutralität weiterhin «flexibel» handhaben. Nun läuft der parlamentarische Prozess. Aber auch wenn Regierung und Parlament und sogar alle Parteien die Initiative ablehnten, kommt sie trotzdem nächstes Jahr zur Abstimmung. Das ist gelebte Demokratie in der Schweiz, das Volk hat das letzte Wort!

Der Abstimmungskampf läuft nun schon seit dem 11. April 2024 und hat in der Schweiz eine rege Debatte ausgelöst. Jede Initiative hat eine sogenannte «Vorwirkung». Das heisst, dass die Einreichung einer Initiative dafür sorgt, dass sich die Politiker, die Medien und die Bevölkerung mit dem Thema befassen und eine mehr oder weniger sachliche Diskussion stattfindet. Das ist der Kern der politischen Kultur in der Schweiz.

Im Rahmen der Debatten rund um die Schweizer Neutralität sind insbesondere auch historische Beispiele wichtig, welche die Rolle und die Bedeutung der Schweizer Neutralität deutlich aufzeigen. An diesen Beispielen kann man darlegen, wie wichtig die immerwährende Neutralität für die Schweiz, Europa und die Welt war und weshalb sie nun mithilfe der Initiative klarer in der Verfassung verankert werden muss. In diesem Zusammenhang ist auch die *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE) von Bedeutung. Die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte jährte sich am 1. August 2025 zum fünfzigsten Mal. Dieser Prozess zeigt den hohen Wert der Schweizer Neutralität beispielhaft auf.

* *René Roca* ist promovierter Historiker und Gymnasiallehrer. Er gründete und leitet das *Forschungsinstitut direkte Demokratie* (*www.fidd.ch*). Er ist Mitglied im Komitee der Neutralitätsinitiative (*www.neutralitaet-ja.ch*).

Vorgeschichte der KSZE

Die Initiative zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz war 1969 von der Sowjetunion und den Staaten des *Warschauer Pakts* ausgegangen. Die Entspannungspolitik zwischen Ost und West hatte bereits Formen angenommen: Es existierte ein direkter Kommunikationskanal zwischen Moskau und Washington, und auch Abrüstungsverhandlungen fanden statt. Ost und West strebten eine Verbesserung der Lage auf dem europäischen Kontinent an und überlegten sich, eine «Sicherheitsarchitektur» für Europa zu gestalten. Die Europäische Gemeinschaft (EG, heute EU), die Nato, die neutralen und bündnisfreien Staaten, aber auch der Ostblock hatten diesbezüglich teils divergierende Ansprüche. Dies hielt die Staaten aber nicht davon ab, mit gegenseitigen Konsultationen zu beginnen. Auch die Schweiz beteiligte sich rege daran.

1970 formulierte eine Arbeitsgruppe des schweizerischen Aussendepartements einen Bericht und legte die Stossrichtung der schweizerischen Interessen dar. So lancierte die Schweizer Diplomatie, anknüpfend an ihre traditionelle Rolle als Schiedsrichterin zwischenstaatlicher Konflikte, den Vorschlag zur Einrichtung eines Systems friedlicher Streitbeilegung. Im Zentrum sollte die «Förderung zwischenmenschlicher Beziehungen zwischen Ost und West» stehen. Der Bericht forderte auch: «Man sollte das Recht auf Neutralität im Rahmen der Konferenz verankern.»[1] Zudem bot man im Rahmen der «Guten Dienste» Genf als möglichen Austragungsort der Verhandlungen an.

Es folgten zwei Jahre der gegenseitigen Sondierungen und Gespräche quer durch Europa. Am intensivsten tauschte sich die Schweiz mit den anderen Neutralen aus, aber auch den Gedankenaustausch mit den Ländern Osteuropas empfand sie als überraschend fruchtbar. Die Hauptverhandlungen fanden dann ab September 1973, wie von der Schweiz vorgeschlagen, in Genf statt. Teilnehmer waren 35 Staaten: die sieben Staaten des Warschauer Paktes, die 15 Nato-Staaten und 13 neutrale Länder. Die Neutralen respektive Blockfreien waren die folgenden Länder: Schweiz, Österreich, Schweden, Finnland, Jugoslawien, Zypern, Malta, San Marino, Liechtenstein, Irland, Island, Monaco und der Heilige Stuhl.

Thematisch hatte man vier Bereiche, sogenannte «Körbe» festgelegt. Der erste Korb betraf den Prinzipienkatalog zu grundlegenden Fragen der Souveränität und der zwischenstaatlichen Beziehungen, sicherheitspolitische Erwägungen im engeren Sinn und vertrauensbildende Massnahmen im militärischen Bereich. Der zweite Korb war der Zusammenarbeit zwischen Ost und West in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt gewidmet. Korb drei sollte die «menschlichen Kontakte» zwischen Ost und West, wie es die Schweiz vorgeschlagen hatte, thematisieren. Im vierten Korb ging es schliesslich um das Festlegen des weiteren Arbeitsprozesses der KSZE.

Die Rolle der Schweiz

Festzuhalten gilt, dass die neutrale Schweiz mit ihrer stillen Diplomatie hinter den Kulissen kontinuierlich eine bedeutsame Rolle wahrnahm. Zusammen mit den anderen Neutralen Österreich, Schweden und Finnland leistete sie wichtige Vermittlungsdienste und stärkte so den ganzen Prozess. Ab 1974 machte sie dies auch im Verbund mit dem blockfreien Jugoslawien sowie den Kleinststaaten Zypern, Malta, San Marino und Liechtenstein als «Gruppe der N+N», der «Neutrals and Non-Aligned». Eine prinzipielle Kompromissbereitschaft der beiden Supermächte Sowjetunion und USA war nicht vorhanden. So spricht der Schweizer Delegationsleiter *Rudolf Bindschedler* in seinem Schlussbericht zum KSZE-Prozess von der «Starrheit der Grossmächte».[2] Er spricht in seinem Bericht auch immer wieder vom «Doppelspiel», das heisst vom Auseinanderklaffen zwischen den öffentlichen Stellungnahmen der Regierungen, vor allem der Grossmächte, und der Haltung der Delegationen in Genf. Doch wenn die Diskussionen jeweils so weit in eine Sackgasse geraten waren, dass beide Lager keine Zugeständnisse einbringen oder akzeptieren konnten, ohne das Gesicht zu verlieren, wurden Vorschläge über den Kanal der Neutralen eingebracht. In solchen Schlüsselmomenten halfen die Schweizer Diplomaten mit, die Verhandlungen zu deblockieren und schliesslich zu einem für alle Staaten annehmbaren Ergebnis zu führen. Temporär konnte also immer wieder eine Kompromissbereitschaft der Supermächte erreicht werden.

Bindschedler geht in seinem Schlussbericht ausführlich auf die Rolle der Neutralen während des ganzen Prozesses ein und schätzt deren Einfluss als sehr hoch ein: «Das Ausmass der gemeinsamen Interessen [d. h. der Neutralen und Nichtengagierten, d. V.] hat sich als viel grösser erwiesen, als zuerst angenommen werden konnte. Die Zusammenarbeit in dieser Gruppe war eng und vertrauensvoll. Ihr einheitliches Auftreten hat die Blöcke zur Rücksichtnahme gezwungen und die Durchsetzung zahlreicher Postulate erleichtert. […] Für die Neutralen und Nichtengagierten ist ihr gegenseitiges Vertrauensverhältnis wohl eines der wichtigsten Konferenzergebnisse.»[3]

Schlussakt in Helsinki

Nach zweijährigen Verhandlungen, die vom 18. September 1973 bis zum 21. Juli 1975 in Genf stattfanden, unterschrieben am 1. August 1975 in Helsinki die Delegierten von 35 Staaten die KSZE-Schlussakte.[4] Das Dokument ist in vier Abschnitte gegliedert. Der erste Abschnitt behandelt «Fragen der Sicherheit in Europa», gegliedert in eine Erklärung von zehn Leitprinzipien:

1. Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte
2. Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt
3. Unverletzlichkeit der Grenzen
4. Territoriale Integrität der Staaten
5. Friedliche Regelung von Streitfällen
6. Nichteinmischung in innere Angelegenheiten
7. Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschliesslich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit
8. Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker
9. Zusammenarbeit zwischen den Staaten
10. Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben

Die Einschätzungen von Bindschedler zu den zehn Leitprinzipien sind sehr aufschlussreich: «Die Schlussakte enthält zahlreiche positiv zu würdigende Verhaltensregeln für die Zukunft.»[5] Dazu zählte er vor allem die zehn Leitprinzipien: «Zwar wiederholen die zehn Prinzipien über die gegenseitigen Beziehungen der Staaten zum grossen Teil geltendes Völkerrecht, wie es sich vor allem in der Charta der UN findet.»[6] Der Katalog der Prinzipien entwickle aber wichtige Grundsätze weiter und vervollständige sie. Und weiter: «Im 1. Prinzip wird ausdrücklich das Recht der Staaten unterstrichen, internationalen Organisationen anzugehören oder nicht, Mitglied einer Allianz zu sein oder nicht, sowie das Recht auf Neutralität.»[7] Damit hatte eine wichtige Forderung der Schweiz Eingang in das Schlussdokument gefunden. Man stelle sich vor, die blockgebundenen Länder hätten von diesem Recht Gebrauch gemacht!

Der zweite Abschnitt der Schlussakte behandelt die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt, Abschnitt drei beschäftigt sich mit Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum und Abschnitt vier schliesslich behandelt Grundsätze der Zusammenarbeit in humanitären und kulturellen Bereichen. Besonders für diesen Bereich hebt Bindschedler in seinem Schlussbericht die Bedeutung der Neutralen hervor: «Die Ergebnisse […] auf dem Gebiete der menschlichen Kontakte, Reisen, Familienzusammenführung und Information sind weitgehend der Tätigkeit der Neutralen zuzuschreiben.»[8] Dabei hätten, so Bindschedler, «politisch-psychologische Erwägungen»[9] eine grosse Rolle gespielt. Besonders dieses Beispiel zeigt klar die politische und moralische Überlegenheit der neutralen Position. Bindschedler sieht aber durchaus auch die Defizite der Schlussakte. Sie sei kein völkerrechtlicher Vertrag: «Das ist zu bedauern, denn nur auf der Grundlage des Rechts erscheint eine dauerhafte und stabile Regelung möglich. […] So stellt die Schlussakte nur eine politische Deklaration, eine Absichtserklärung dar. Als solche kann sie psychologische und politische Wirkung erzielen. Ihr Wert kann jedoch erst in der Zukunft beurteilt werden.»[10]

ef. Vom 29.–31. August 2025 fand der XXXII. Kongress «Mut zur Ethik» in Sirnach im Schweizer Kanton Thurgau statt, dieses Jahr zum Thema «Vernunft und Menschlichkeit». Eine erste Folge der dort gehaltenen Vorträge haben wir mit einer Sonderbeilage in *Zeit-Fragen* Nr. 19/20 vom 16. September veröffentlicht. Weitere Texte veröffentlichten wir in den Nr. 21 bis 24. Auch in den kommenden Ausgaben werden weitere Vortragstexte folgen. Die veröffentlichten Texte sind überarbeitete und zum Teil ergänzte Versionen des gesprochenen Wortes.

Bindschedler unterstreicht speziell beim 10. Leitprinzip «die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben». Das sind im Grunde zentrale friedensethische Grundsätze der Politik und so Bindschedler, «positiv zu würdigende Verhaltensregeln für die Zukunft».[11] Auch dieses Prinzip sei unter der massgebenden Führung der Neutralen zustande gekommen.

Zusammenfassend bemerkt Bindschedler: «Hingegen kann die Konferenz Ausgangspunkt einer politischen Weiterentwicklung sein und zu einer Verbesserung des Klimas unter den Staaten und zum Abbau der bestehenden Spannungen beitragen.»[12]

Und speziell für die neutralen Länder: «Die Konferenz und die Schlussakte haben die Stellung der Kleinstaaten und der Neutralen verstärkt. Sie sind zu einem Faktor geworden, mit dem zwar nicht militärisch, aber doch politisch gerechnet werden muss. Für die Zukunft stellt sich die Aufgabe, diese Stellung zu halten.»[13] Diese Stellung, so Bindschedler, sollte besonders für die «friedliche Streitbeilegung» genutzt werden. Er beschreibt schliesslich die Rolle der neutralen Schweiz als diplomatische Grossmacht: «Ganz allgemein hat die Konferenz zu einer Erhöhung des Gewichtes der Schweiz, ihrer Rolle und Bedeutung geführt. Es gelang, in zahlreichen Einzelpunkten schweizerische Vorschläge durchzusetzen. […] Mit den anderen Neutralen hat sich die Schweiz als Vermittler betätigt und wesentlich zur Erzielung allseits befriedigender Lösungen beigetragen.»[14] Diese Arbeiten, so Bindschedler, müssten fortgesetzt werden: «Am schädlichsten wäre Untätigkeit; es gilt auch hier die Regel, dass wir zwar Pessimisten der Erkenntnis, aber Optimisten der Tat sein müssen.»[15]

Für die Schweiz unterzeichnete am 1. August 1975 Bundespräsident *Pierre Graber* die Schlussakte der KSZE. In seiner Ansprache vor den versammelten Delegierten sprach Graber das spezielle Engagement der neutralen Schweiz für das Gelingen der Konferenz an: «Die Schweiz, am Schnittpunkt dreier Kulturkreise gelegen, die viel zur weltweiten Ausstrahlung des alten Kontinents beigetragen haben, hat immer das Leben Europas mitempfunden. Sie hat während ihrer ganzen, siebenhundertjährigen Geschichte dessen Höhepunkte und Bedrängnisse geteilt. Wie ich vor zwei Jahren, hier an der gleichen Stelle, erklärte, war die Neutralität meines Landes nie ein Alibi für eine Politik des ‹leeren Stuhles›, für Teilnahmslosigkeit und Rückzug auf sich selbst. Sie hat in ihm im Gegenteil das Bedürfnis zur Solidarität und den Willen wachgerufen, jederzeit und nach Massgabe seiner Mittel der internationalen Gemeinschaft zu dienen.»[16] Und weiter führt Graber in seiner

Fortsetzung auf Seite 8

Was gebietet der nüchterne Rückblick aus der Zukunft?

von Prof. Dipl. Ing agr. Dr. Iur Heinrich Wohlmeyer

Heinrich Wohlmeyer (Bild zvg)

Im Rahmen der Europäischen Umwelträte – EEAC – haben wir seinerzeit zur Beurteilung der gegenwärtigen Entwicklungen die Methode des Rückblicks aus der Zukunft eingeführt.

Diese ist inzwischen wissenschaftliches Allgemeingut geworden.

In ihrem Lichte gleichen wir einem globalen Zug der Lemminge, der in den Abgrund rast. Sowohl im ökologischen als auch im sozialen und politischen Bereich stehen wir am Abgrund.

Die erkennbare Vielfalt der negativen Entwicklungen ist sehr gross. Um der gebotenen Kürze zu dienen, greife ich nur einige wesentliche Gefährdungen heraus.

Zur Ökologie:

Allein die Meeresverschmutzung rät zur Umkehr. Die staatliche Behörde Australiens für wissenschaftliche und industrielle Forschung – CSIRO – berichtet, dass im Pazifik bereits eine Plastikinsel in der Grösse Europas schwimmt. Der am Boden der Ozeane liegende Plastikmüll ist 100mal schwerer als der an der Oberfläche schwimmende und wird auf 12 Mio. Tonnen geschätzt.

Die jüngste, ergebnislos zu Ende gegangene UN-Konferenz zur weltweiten Eindämmung des Plastikmülls in Genf hat die Borniertheit der Haltung der Produzentenländer gezeigt. Sie agieren mit einer Gesinnung «nach uns uns die Sintflut».

Der weltweite Bodenverbrauch ist ebenso erschreckend, wenn man bedenkt, dass in den Böden die höchste biologische Vielfalt nach den Ozeanen gegeben ist, und dass sie etwa 2000 Gigatonnen CO_2 speichern.

Der Verlust von über 10 Mio. ha Ackerland pro Jahr gefährdet auch die Ernährung. Wenn dieser Bodenverbrauch fortgesetzt wird, werden wir unter 2000 m^2 fruchtbaren Bodens je Mensch sinken und damit in eine echte – nicht mehr verteilungsbedingte – Ernährungskrise kommen.

Zum Sozialen:

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich sowohl international als auch national.

Laut OXFAM haben seit 2020 die fünf reichsten Menschen der Welt ihr Vermögen verdoppelt.

Diese Entwicklung wird meist verharmlost, weil in den letzten 40 Jahren die extreme Armut von einem Drittel der Weltbevölkerung auf unter 10% zurückgegangen ist.

Dennoch ist diese Entwicklung, nicht nur gemessen an den Menschenrechten, nicht aufrechtzuerhalten.

Vor allem die steigende Verschuldung der Staaten ist brandgefährlich. Hält sie weiter an wie bisher, dann werden der Zinsendienst und die Rückzahlungsverpflichtungen die Budgets beherrschen.

Für den sozialen Bereich würde nichts mehr übrigbleiben. Bildung, Gesundheit, Unterstützung der Arbeitslosen und Altersvorsorge blieben auf der Strecke.

Dies haben die Ökonomen *Dirk Sollte* und *Wolfgang Eichhorn* im Rahmen des *Forums für Verantwortung* bereits 2009 im Buch «Das Kartenhaus Weltfinanzsystem – Analyse – Rückblick – Ausblick» aufgezeigt und hochgerechnet, dass bereits um 2030 die gesamte Wertschöpfung zur Bedienung von Zins und Rendite erforderlich wäre, wenn wir das Finanzsystem weiter treiben lassen wie bisher. Hinzu kommt noch, dass die Grosskapitalien zu immer grösseren, umweltzerstörenden Projekten drängen.

Im politischen Bereich stehen die Zeichen leider ebenfalls auf Sturm.

Feindbilder werden aufgebaut, damit der militärisch-industrielle Komplex weiter zulasten der wohlstandsmehrenden Ausgaben finanziert wird.

Dies hat *Thomas P.M. Barnett* in seinem Buch «The Pentagon's New Map» nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 2004 dargelegt und gefordert.

Seit 10 Jahren steigen die Militärausgaben weltweit. Von 2023 auf 2024 sind sie laut SIPRI-Schweden um 9,2% auf 2,7 Billionen US-Dollar, das sind 2700 Milliarden US-Dollar, gestiegen.

Etwa 0,7% (14 Mia.) würden genügen, um den ärgsten Welthunger aufzufangen – *ein Skandal der Unmenschlichkeit*!

Dazu kommt noch die Eskalierung der aktuellen Konflikte, die die Gefahr eines Atomkrieges herbeiführt.

Dies ist vor allem für Europa zu bedenken: Die USA haben gegenüber Russland die Verträge zur wechselseitigen Inspektion der Atomwaffen gekündigt und gleichzeitig angekündigt, dass sie ihre Militärbasen in Europa – insbesondere in Deutschland – mit atomar bestückten Mittelstreckenraketen ausstatten werden. Ziel ist das Jahr 2026.

Ich denke mich nun in die russische militärische Führung hinein: Bevor Russland voll eingekreist und praktisch wehrlos ist, bietet sich ein überraschender Befreiungsschlag an.

Die Russen wollen keinen Atomkrieg. Daher werden sie versuchen, die US-Atomwaffen «konventionell» auszuschalten.

Dies deckt sich mit den Voraussagen des bayerischen Sehers *Alois Irlmaier*, der zu einer jungen Krankenschwester gesagt hat: Madl, du wirst noch den dritten Weltkrieg sehen, und ich sage Dir, wie es abläuft:

Zuerst kommt ein Wohlstand wie noch nie.
Dann folgt – wie noch nie – ein Glaubensabfall.
Darauf eine Sittenverderbnis wie noch nie.
Alsdann kommt eine grosse Zahl fremder Leute ins Land.
Es herrscht grosse Inflation. Das Geld verliert mehr und mehr an Wert.
Bald darauf folgt die Revolution.
Dann überfallen die Russen über Nacht den Westen.

Irlmaier sah dann konkret: Während noch über Frieden geredet wird, stossen über Nacht drei Panzerdivisionen gegen Westen vor. Eine im Norden, eine über Berlin und eine nördlich der Donau. Sie kommen bis zum Rhein (schalten also die US-Raketenbasen aus). Aber dann greifen die USA mittels Drohnen vom Süden (Basis in Nordafrika) an und werfen einen Todesstreifen (Neutronenbombe) ab «von der Stadt an der Bucht (Stettin?) bis zur Goldenen Stadt (Prag)».

Dann kommt es zu einer verzweifelten und vernichtenden Endschlacht, in der die Russen auch Atomwaffen einsetzen und Deutschland nördlich den Donau zerstört wird.

Die drei Panzerdivisionen entsprechen den drei westlichen Militärbezirken, die die Russen als Antwort auf das Nato-Manöver *Defender Europe* errichtet haben. Diese sind mit den modernsten Panzern (*Armata*-Panzer) ausgerüstet. Diese setzen die Russen in der Ukraine nicht ein, damit die Technologie nicht bekannt wird.

Wir sollten dieses Szenario nicht verdrängen, denn es ist leider plausibel. Ich beobachte jedoch eine kollektive Ausblendung und die Flucht in Nichtigkeiten.

Friedensinitiativen und neutrale Konzepte sind daher dringender als in der Vergangenheit – und notwendend.

Stephane Hessel hat seinem Abschiedsbüchlein «Engagiert Euch!» bewusst die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* beigeschlossen, die zu Vernunft und Menschlichkeit auffordert.

Daher sind die Schweiz und Österreich als immerwährend neutrale Staaten gefordert, zu vermitteln und sich nicht in die Konfrontationen einspannen zu lassen – was leider schrittweise geschieht.

Ich möchte als ein alter Mann mit einem Memento von *Antoine de Saint-Exupery* abschliessen, weil ich denke, dass der Friede in den Herzen der Menschen beginnt.

Es sei den Ausbeutern und Kriegstreibern ins Stammbuch geschrieben.

Wenn Menschen gottlos werden,
sind Regierungen ratlos,
Lügen grenzenlos,
Schulden zahllos,
Besprechungen ergebnislos,
Politiker charakterlos,
Christen gebetslos,
Kirchen kraftlos,
Völker friedlos,
Sitten zügellos,
Mode schamlos,
Konferenzen endlos – Aussichten trostlos.

Ich möchte noch einen Ausspruch eines atheistischen Ex-Kommunisten, *Gregor Gysi*, hinzufügen. Er meinte: «*Ich glaube nicht an Gott, aber ich fürchte mich vor einer gottlosen Gesellschaft*.» •

* *Heinrich Wohlmeyer,* geboren 1936 in St. Pölten; Gen. Dir. a.D.; Hon. Prof. Dipl. Ing agr. Dr. iur; Dipl. in Law, studierte in Wien Landwirtschaft und Rechtswissenschaften, beschäftigte sich als Fulbright-Stipendiat in den USA mit «Agricultural Economics and Business Administration» und promovierte in London über «Internationale Rohstofflenkungs-Abkommen». 20 Jahre war Wohlmeyer in der Industrie, Regionalentwicklung und Handelspolitik tätig sowie gute zehn Jahre Forschungsmanager. Er lehrte an der Technischen Universität Wien und der Universität für Bodenkultur in Wien. Er befasste sich früh mit Nachhaltigkeitsfragen, Kreislaufwirtschaft und ökonomischen, ökologischen und sozialen Fehlentwicklungen. Verschiedene Auszeichnungen und zahlreiche Veröffentlichungen.

«Wie kann Friedensethik gelingen?»
Fortsetzung von Seite 7

eindringlichen Rede aus: «Das gute Einvernehmen ganz Europas ist und bleibt unser stetiger Wunsch. Die Tatsache, dass wir keinen Bündnissen oder Koalitionen beigetreten sind, entsprach somit zutiefst einer Berufung, die im weitesten Sinne europäisch ist. Deshalb freuen wir uns, dass die Option der Neutralität in das Kapitel der Prinzipien Aufnahme gefunden hat, die in den Beziehungen zwischen den Staaten Geltung haben sollen. Die Neutralität wurde damit als ein spezifisches Instrument der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit anerkannt.»[17] Graber spricht dann explizit die Verantwortung Europas an, über den Kontinent hinauszuschauen und auch die Entwicklungsländer zu unterstützen. Er will also die Sicherheitsarchitektur über Europa hinaus bauen, denken wir nur an den Vietnam-Krieg, der im selben Jahr wie die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte 1975 endete, und dessen Folgen für Südostasien. Graber hebt dann die psychologische Dimension der menschlichen Beziehungen hervor. Es gehe darum, «einerseits vollständigere sicherere Strukturen in den innereuropäischen Beziehungen zu schaffen und andererseits in jedem unserer Länder und über die Grenzen hinweg die menschlichen Beziehungen zu entwickeln und harmonischer zu gestalten».[18] Die Dokumente, so Graber, stellten dafür einen ersten Anhaltspunkt dar: «Die Bestimmungen, die wir hier feierlich verabschieden werden, müssen […] morgen in die Tat umgesetzt werden. […] Es verlangt von allen Teilnehmerstaaten einen unablässigen guten Willen, und es wird noch der grössten Anstrengungen bedürfen, um dieses Ziel zu erreichen. […] Diese Texte werden letztlich so viel wert sein wie ihre Anwendung.»[19]

Die Unterzeichnung der Schlussakte von 35 Staats- und Regierungschefs war ein starkes Zeichen der Entspannung, und das vor allem dank der neutralen Schweiz. Die Akte ist ein aussergewöhnliches Dokument. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass mitten im Kalten Krieg die Vertreter aller europäischen Staaten aus West und Ost inklusive Sowjetunion sowie USA und Kanada an einem Tische zusammenkamen, sich auf gemeinsame Werte einigten und sich zur Einhaltung gleicher Regeln verpflichteten. Europa sollte sicherer, menschliche Kontakte zwischen Ost und West sollten ausgebaut werden. Aber die Entspannung kriselte leider bald.

Schluss und Ausblick

In Folgekonferenzen sollte die Umsetzung der KSZE-Schlussakte in den einzelnen Staaten geprüft werden. Die KSZE blieb bis am Ende des Kalten Krieges als Forum des Ost-West-Dialoges bestehen und leistete einen grossen, vielleicht sogar entscheidenden Anteil an der Überwindung des Kalten Krieges. Einerseits trug die Kontinuität des KSZE-Prozesses zu dieser Entwicklung bei, andererseits missachteten die USA und die Sowjetunion immer mehr die Grundprinzipien der Helsinki-Akte. So verschärften in den USA die Reagan-Jahre in den achtziger Jahren das gegenseitige Misstrauen und schürten mit Unterstellungen und Täuschungsmanövern den Unfrieden. *Ronald Reagan* liess sich von Neokons beraten und setzte zusammen mit der britischen Premierministerin *Margaret Thatcher* eine neoliberale Politik um, welche die Globalisierung befeuerte. Mit dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979 setzte auch die zweite Grossmacht einmal mehr auf Konfrontation und Krieg und damit auf die Verschärfung des Ost-West-Konfliktes. Der wichtige Grundsatz der KSZE-Schlussakte, nämlich die «Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben», wurde gebrochen und viel Vertrauen wieder verspielt

Das Ende des Kalten Krieges wurde 1990 im Rahmen eines KSZE-Sondergipfels in Paris gefeiert. Aber die «Charta von Paris» konnte mit ihrem Titel «Ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit» nicht über die neuen Zerwürfnisse hinwegtäuschen. Die USA als einzige Weltmacht redeten gar von einem «Ende der Geschichte». Das war, wie wir heute wissen, eine schlichte Lüge. Bereits 1991 inszenierten die USA den Ersten Golf-Krieg, und seither führen sie permanent Krieg. Wie bereits erwähnt, setzte damals mit der Übernahme der Wirtschaftssanktionen durch den Bundesrat in der Schweiz der Auflösungsprozess der Neutralität ein.

Obwohl die weltpolitische Lage prekär war, wurde beim KSZE-Gipfeltreffen am 5. und 6. Dezember 1994 in Budapest beschlossen, die KSZE in eine Organisation umzuwandeln. Sie wurde auf den 1. Januar 1995 als *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) fortgeführt, ist nun also bis heute eine permanente Konferenz mit dem Hauptsitz in Wien. Mit der Zerstörung Jugoslawiens während der 1990er Jahre begann der Abstieg der ohnehin geschwächten OSZE. Aktuell hat sie keine Bedeutung mehr.

Die Schweiz übernimmt nächstes Jahr das Präsidium der OSZE (wie schon 1996 und 2014). Die OSZE mit ihren heute 57 Teilnehmerstaaten und ständigen Institutionen wie dem Ministerrat und der parlamentarischen Versammlung ist eigentlich immer noch die weltweit grösste Regionalorganisation für kooperative Sicherheit. Sie umspannt die nördliche Hemisphäre und könnte mithilfe einer Zusammenarbeit zum Beispiel mit BRICS und anderen Organisationen der Länder des Südens ihr Gewicht wieder stärken. Diese Organisationen könnten als Modelle für die zwischenstaatliche Koexistenz in einer multipolaren Welt dienen. Die Schweiz hätte also nächstes Jahr mit dem Vorsitz der OSZE eine sehr wichtige Aufgabe und die Möglichkeit, die OSZE im Sinne der KSZE-Schlussakte wieder zu stärken. Sie sollte dringend wieder die gegenseitige Achtung der Länder, den Verzicht auf Gewalt, die Lösung von Konflikten ausschliesslich mit diplomatischen Mitteln, den Verzicht auf Grenzänderungen und die Zusammenarbeit zum Wohle aller einfordern.

Deshalb ist die ebenfalls voraussichtlich nächstes Jahr zur Abstimmung kommende Initiative, welche die Neutralität klarer in der Schweizer Verfassung verankern will, so wichtig. Nicht nur für die Schweiz, auch für Europa und die Welt. Dies könnte auch die OSZE stärken, eingedenk der Bedeutung, welche die Neutralen für den KSZE-Prozess hatten. Mit Blick auf die Weltlage ist man so wohl, wie es Bindschedler sagte, ein Pessimist der Erkenntnis, aber man kann auch ein Optimist der Tat werden. In diesem Sinne muss die Schweizer Bevölkerung ermutigt werden, die Neutralitätsinitiative zu unterstützen. Da liegt noch ein grosses Stück Arbeit vor uns. •

[1] *Die Schweiz und die Europäische Sicherheitskonferenz, EPD*, 7. Juli 1970, zit.: *dodis.ch/34490*

[2] Bindschedler, Rudolf. *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Beobachtungen und Bemerkungen*, 29. August 1975, zit.: *dodis.ch/38870*

[3] ebenda

[4] *Schluss-Konferenzakte Helsinki* (KSZE), zit.: *dodis.ch/58821*

[5] Bindschedler, Rudolf. *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Beobachtungen und Bemerkungen*, 29. August 1975, zit.: *dodis.ch/38870*

[6-15] ebenda

[16] *Ansprache von Herrn Bundespräsident Pierre Graber, Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements*, Helsinki, 30. Juli 1975, zit.: *dodis.ch/38867*

[17-19] ebenda